Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16. Dienstag, den 20. Januar 1920. 27. Jahrg.

Die Rechtsfolgen der Friedensratifikation.

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Friedens wird das deutsche Volk in die Zwangslage versetzt, an die Ausführung der Bedingungen des Friedensvertrages herangehen zu müssen. Man ist sich allgemein recht wenig klar darüber, welche Verpflichtungen — über die Abtretungen von Land und Volk hinaus — uns auferlegt worden sind; sehr bald aber werden wir bis in die letzte Hütte hinein verspüren, was es bedeutet, besiegt zu sein. Vae victis! Wehe dem Besiegten!

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal kurz, was uns der Friedensvertrag an Bindungen und Verpflichtungen auferlegt. Sein erster Teil, die Völkerbundsakte, ist zunächst für uns ohne Bedeutung, denn Deutschland kann später nur in den Bund aufgenommen werden, wenn es mit zwei Drittel Mehrheit zugelassen wird. Die Entwicklung, die der Völkerbundsgedanke in der Nachkriegszeit erfahren hat, ist nichts anderes als ein Verzicht auf den Gedanken des Weltfriedens und der Völkerversöhnung. Nur eine Fassade steht noch. Hinter ihm aber richten sich neue Hindernissysteme und Militärkonventionen mit einer ausgesprochenen Spitze gegen Deutschland empor.

Am Tage der Inkraftsetzung des Vertrages sind die Saarkohlenlager in den Besitz des französischen Staates übergegangen. Frankreich hat das Recht, sie nach Gutdünken auszubeuten. Gleichzeitig begann die Frist von 15 Jahren wirksam zu werden, nach deren Ablauf die Bevölkerung des Saargebiets darüber abstimmen soll, ob sie deutsch bleiben oder französisch werden will. Elsaß-Lothringen ist durch den Ratifikationstag nicht berührt worden, sein Schicksal war bereits durch das Waffenstillstandsabkommen endgültig entschieden.

Die sonstigen territorialen Verschiebungen aber sind jetzt in Kraft getreten. Wir haben folgende Gebiete verloren: den größten Teil Westpreußens und Posens sowie einen Teil Oberschlesiens an Polen, einen Teil Oberschlesiens an die Tschecho-Slowakei, einen Teil Ostpreußens (Memel) und den Freistaat Danzig an die Entente, endlich sämtliche Kolonien an den Völkerbund. Von entscheidender Bedeutung ist weiterhin der Ratifikationstag für die Abstimmungsgebiete. Volksabstimmungen haben außer in dem Saargebiet, von dem wir schon gesprochen haben, stattzufinden in Schleswig (in zwei Zonen) binnen 3 bezw. 5 Wochen nach erfolgter Räumung des Landes durch die deutschen Truppen und Behörden, in Oberschlesien, im Süden Ostpreußens, in Westpreußen und in Eupen-Malmedy. Die Abstimmung im Osten findet frühestens 6, spätestens 18 Monate nach dem Amtsantritt eines Ententeausschusses statt, der die Verwaltung des Gebietes nach Abzug der deutschen Behörden und Truppen übernimmt.

Die Herabsetzung der Streitkräfte muß bis zum 31. März auf die zugestandene Höchstziffer von 100 000 Mann erfolgt sein. Dann muß Deutschland ausliefern: alle deutschen Ueberwasserkriegsschiffe, die sich innerhalb der deutschen Häfen befinden, das gesamte militärische und Marine-Luftfahrzeugmaterial, alle Gegenstände, Werte und Urkunden, die Staatsangehörigen der Entente gehört haben und etwa noch in Deutschland sind, sowie deutsche Staatsangehörige, die des Kriegsverbrechens gegen Leben und Eigentum von Staatsangehörigen der Entente beschuldigt werden. Alle im Bau befindlichen Kriegsschiffe sind abzubrechen, die Hilfskreuzer und Hilfskriegsschiffe abzurüsten.

Ganz besonders drückend, schier unerfüllbar, sind die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen, die der siebente Teil des Friedensvertrages enthält. Der „Wiedergutmachungsausschuß" hat die Aufgabe, den Betrag der Schäden festzusetzen, für die Deutschland aufzukommen hat. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, dem Ausschuß alle Auskünfte über Finanzlage und Finanzgeschäfte, Güter, Produktionskraft, Vorräte und laufende Erzeugung von Rohstoffen und gewerblichen Erzeugnissen Deutschlands zu liefern. **Die deutsche Wirtschaft wird also einem fremden Aufsichtsrate unterstellt,** der allerdings die Bekanntgabe von Fabrikationsgeheimnissen und anderen vertraulichen Mitteilungen nicht verlangen darf. Unter diesen Vertragsabschnitt fällt auch die furchtbare Bestimmung über die Auslieferung gewaltiger Viehmengen. In drei Monaten sollen wir der belgischen und französischen Regierung 140 000 Milchkühe, 40 000 Jungrinder, 4000 Stiere, 121 000 Schafe, 15 000 Mutterschweine, 40 700 Pferde usw. abliefern. Gegen diese Bestimmungen, von deren Ausführungen das Leben von Hunderttausenden unschuldiger Kinedr abhängt, protestiert die ganze gesittete Welt. Ob es etwas nützen wird?

Binnen Jahresfrist nach Inkrafttreten des Vertrages kann der Ausschuß fordern, daß Deutschland alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger an öffentlichen Unternehmungen und Konzessionen in Rußland, China, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, der Türkei und den früher zu ihnen gehörenden Ländern erwirbt und sie dem Ausschuß überträgt. Deutschland muß seine Staatsangehörigen selbst entschädigen. Die Werte der übertragenen Rechte und Beteiligungen werden Deutschland auf seine Gesamtschuld angerechnet. Für die deutsche Zollwirtschaft ist von Bedeutung, daß elsaß-lothringische Waren 5 Jahre, Waren aus den ehemals deutschen, jetzt polnischen Gebietsteilen beim Ueberschreiten der deutschen Zollgrenze 3 Jahre vollständige Zollfreiheit genießen.

Durch die Unterschrift des Zusatzprotokolls verpflichten wir uns auch, Ersatz für die in Scapa Flow versenkte deutsche Flotte zu leisten. In langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, die Entente von der Unmöglichkeit zu überzeugen, 400 000 Tonnen Hafenmaterial abzuliefern. Wir werden sofort 192 000 Tonnen abgeben müssen und im Laufe von 30 Monaten höchstens weitere 50—100 000 Tonnen.

Es konnten in diesen Ausführungen nur die Hauptverpflichtungen des Friedensvertrages aufgezählt werden; die Liste ist noch viel länger. Ihnen steht eigentlich nur eine einzige Gegenleistung zu, nämlich die Heimführung der deutschen Kriegesgefangenen, die jetzt endlich aus ihrer Sklaverei erlöst werden. Aber dennoch bringt uns der Friedensvertrag einen unendlichen Vorteil: der weltpolitische Rechtlosigkeitszustand ist beseitigt. Wir sind wieder in die Gemeinschaft der Völker aufgenommen worden.

Die Auslieferung Wilhelms.

Der Generalsekretär der Friedenskonferenz hat am 16. Januar dem Gesandten der Niederlande in Paris folgendes Schreiben übergeben:

„Paris, 16. Januar. Mit dem vorliegenden Schreiben an die königlich niederländische Regierung notifizieren die Mächte den Text von Artikel 227 (beiliegend beglaubigte Kopie) des am 10. Januar in Kraft getretenen Friedenvertrages mit Deutschland. Sie haben gleichzeitig mitzuteilen, daß sie beschlossen haben, unverzüglich die Verfügungen dieses Artikels durchzuführen.

Infolgedessen richten die Mächte das offizielle Ersuchen an die Regierung der Niederlande, **ihnen den ehemaligen deutschen Kaiser Wilhelm von Hohenzollern zur Aburteilung auszuliefern.** Die in Deutschland wohnhaften Personen, gegen die die alliierten und assoziierten Mächte Anklage erheben, müssen ihnen gemäß Artikel 228 des Friedensvertrages unter den gleichen Bedingungen von der deutschen Regierung ausgeliefert werden. Die niederländische Regierung ist daran interessiert, daß die reichlich **überlegten Verletzungen der internationalen Verträge und die systematische Mißachtung der heiligsten völkerrechtlichen Bestimmungen** in bezug auf alle, einschließlich der höchststehenden Persönlichkeit, die, durch den Friedensvertrag vorgesehen, besondere Würdigung erhalten.

Die Mächte erinnern kurz an die unter so vielen Verbrechen erfolgte **Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs,** an das barbarische und unerbittliche System von **Geiseln und Massendeportationen, an die Entfernung der jungen Mädchen aus Lille,** die ihren Familien entrissen und ohne Schutz dem schlimmen Zusammenleben beider Geschlechter überliefert wurden, an die systematische **Verwüstung ganzer Gegenden** ohne militärische Notwendigkeit, an den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und an das **unmenschliche Imstichelassen der Opfer auf hoher See** sowie an die Taten gegen die **Nichtkämpfenden,** die von den deutschen Behörden als gegen die Kriegsgesetze verstoßend anerkannt wurden. Für alle diese Taten geht die Verantwortlichkeit, wenigstens die moralische, hinauf bis zu dem obersten Führer, der sie ermöglicht oder seine Befugnisse mißbraucht hat, um das heiligste Empfinden des menschlichen Gewissens zu verletzen oder verletzen zu lassen.

Die Mächte können es sich nicht vorstellen, daß die Regierung der Niederlande daran denken könnte, die von dem ehemaligen deutschen Kaiser auf sich geladene schwere Verantwortung auf sich zu nehmen. Holland würde seine internationalen Pflichten nicht erfüllen, wenn es sich nicht den anderen Mächten anschließen würde, um die begangenen Verbrechen zu verfolgen oder wenn es ihre Bestrafung hindern würde.

Indem dieses Ersuchen an die niederländische Regierung gerichtet wird, glauben die Mächte, dessen besonderen Charakter hervorheben zu müssen. Sie haben die Pflicht, die Ausführung des **Artikel 227 sicherzustellen,** ohne sich dabei durch ein Argument aufhalten zu lassen, weil es sich **nicht nur um eine persönliche Anklage** von gewöhnlichem juristischen Charakter, **sondern auch um eine internationale Aktion handelt, die durch das Volksgewissen gebieterisch gefordert wird.** Die vorgesehenen Rechtsnormen bieten mehr Garantie als das **bisher geltende** Recht.

Die Mächte hegen die Ueberzeugung, daß Holland, das seine Achtung vor dem Recht und der Gerechtigkeit bewiesen hat und als eine der ersten Mächte im Völkerbunde einen Platz forderte, **nicht durch seine moralische Autorität die Vergewaltigung der wesentlichsten Grundsätze der internationalen Solidarität der Nationen decken wollen wird,** da es, wie alle anderen, ein Interesse daran hat, **die Rückkehr einer solchen Katastrophe zu verhindern.** Die holländische Regierung ist in hohem Maße daran interessiert, **nicht den Anschein zu erwecken,** als ob sie den **Haupturheber** beschütze, indem sie ihm Zuflucht auf ihrem Gebiet gewähre, sondern den Anschein, daß sie das Gericht, das von Millionen von Stimmen von Opfern verlangt wird, erleichtert.

Clemenceau."

In einer Unterredung mit dem Vertreter der „United Preß" sagte Reichskanzler Bauer, daß das deutsche Volk die Urheber von Verbrechen während des Krieges ihrer Strafe nicht entziehen wolle, daß es sich aber gegen die Auslieferung an Gerichtssträube, die aus früheren Feinden zusammengesetzt sind. Nach Empfang der Liste der Auszuliefernden werde die deutsche Regierung allen in der Liste Aufgeführten mitteilen, daß ihre Auslieferung verlangt werde. Sie werden dann Gelegenheit haben, sich den ausländischen Gerichten freiwillig zu stellen. Auf eine Zwischenfrage sagte der Reichskanzler, es könnte ein Bürgerkrieg entstehen, wenn einige der Angeklagten gewaltsam ausgeliefert werden müßten. Noch sei er überzeugt, daß durch ein Abkommen über die Einsetzung unabhängiger Gerichtshöfe die deutsche Oeffentlichkeit beruhigt werden würde.

Die „Times", „Morningpost" und „Daily Mail" bringen Pariser Telegramme, wonach bereits im Februar mit dem Prozeß gegen die Deutschen in Paris begonnen werden soll.

Die Schweiz gegen den Völkerbund.

Wie dem „Vorwärts" aus Basel gedrahtet wird, hat ein vom Züricher „Volksrecht" veröffentlichter Geheimbericht der Landesverteidigungskommission die Stimmung so sehr gegen den Völkerbund beeinflußt, daß die Ablehnung des Beitritts in der Volksabstimmung wahrscheinlich sei.

Bekanntlich hat die Entente es abgelehnt, vorher die Neutralität der Schweiz zu garantieren.

Schweden und Argentinien sind dem Völkerbund beigetreten.

Eine Kursänderung in Frankreich?

Zu der Frage, ob die Präsidentenwahl eine Unterbrechung in den Verhandlungen der Friedenskonferenz herbeiführen wird, schreibt „Le Journal": Sicher ist, daß eine vollständige Kursänderung in unserem diplomatischen Vorgehen eintreten wird.

Das Ministerium Millerand.

TU. **Basel,** 20. Januar. Millerand unterbreitete dem Präsidenten folgende Liste: Ministerpräsident und Auswärtiges: Millerand. Justiz: Honorat. Krieg: Raoul Ferret. Marine: Landry. Unterricht: Victor Bernard. Handel: Isaak. Kolonien: Saruk. Oeffentliche Arbeiten: Paul Bignot. Arbeitsministerium: Jourdain. Tardieu ist von Millerand gebeten worden, das Ministerium für das besetzte Gebiet beizubehalten. Das Finanzministerium ist von einem Sozialisten besetzt worden und zwar mit Francois Marsall, der die Verwaltung der Bank „Union Parisienne" inne hatte. Das Ackerbau-Ministerium wird vermutlich einem Mitgliede des Senats übertragen werden. Weiter beabsichtigt Millerand die Bildung eines Gesundheits-Ministeriums und eines Ministeriums für soziale Fürsorge.

Die Suche nach einem neuen französischen Bevollmächtigten auf der Friedenskonferenz.

Die politische Aenderung, die in den letzten Tagen in Paris in Erscheinung getreten ist, zwingt die französische Regierung, sich nach einem neuen Bevollmächtigten auf der Friedenskonferenz umzusehen. Da die eigentlichen Verhandlungen in der nächsten Zeit auf der Friedenskonferenz zwischen den Ministerpräsidenten Englands, Frankreichs und den Vereinigten Staaten beschränkt bleiben dürften, so legte Clemenceau Wert darauf, den Vorsitz in der Friedenskonferenz zu behalten und wollte auch nach seiner Wahl zum Präsidenten Frankreich weiterhin auf der Friedenskonferenz vertreten und deren Vorsitzender bleiben. Seine Niederlage hat ihn aber derart verbittert, daß er möglichst bald Frankreich verlassen will, und man sucht also jetzt den Mann, der Clemenceau ersetzen soll. Man dachte einen Augenblick an Jules Cambon, doch kann er nicht den Vorsitz beanspruchen neben Lloyd George und Nitti, die regierungsfest sind. Man schwankt nun zwischen zwei Lösungen: Deschanel oder Poincare. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Wahl auf Poincare fallen.

Ein holländischer Staatskredit an Deutschland.

Die zwischen der deutschen und holländischen Regierung seit einiger Zeit schwebenden Verhandlungen über die Gewährung eines holländischen Staatskredits an Deutschland stehen nach einer Drahtmeldung des „H. C." aus Berlin dicht vor dem Abschluß. Es handelt sich um eine Summe von 200 Millionen Gulden (nach dem heutigen Kurse 4 Milliarden Mark). Davon sollen 140 Millionen Gulden zum Ankauf von Rohstoffen, 60 Millionen zum Ankauf von Lebensmittel dienen. Der Kredit wird auf 10 Jahre gegeben und in dem Maße weiter gewährt werden, in dem die Abzahlungen seitens Deutschlands erfolgen. Deutschland verpflichtet sich, Rohstoffe und Lebensmittel aus Holland zu beziehen und gewährt Holland wichtige wirtschaftliche Vorteile, insbesondere für die Lieferung von Kohlen.

Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich beginnt.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich am 20. Januar, also heute, beginnt. Es werden zunächst die in dem linksrheinischen Gebiet beheimateten Gefangenen zurückbefördert. Die

ersten Transporte treffen am 21. Januar in den Durchgangslagern Jülich, Eschweiler und Düren ein. Die nächstfolgenden werden nach Worms und Griesheim geleitet.

Vom Dampfer „Main", der mit Heimkehrern aus Vorderindien unterwegs ist, mußten in Port Said 500 Passagiere wegen an Bord ausgebrochener Influenza-Epidemie ausgeschifft werden. Die Namen der Erkrankten sind vorläufig noch unbekannt.

Das deutsch-polnische Abkommen.

Das polnische Pressebureau veröffentlicht das zwischen Deutschland und Polen in diesen Tagen in Paris abgeschlossene Abkommen. Danach verpflichtet sich Deutschland u. a. Polen die Beträge zurückzuzahlen, die die polnischen Gemeindeverwaltungen auf Rechnung des preußischen Staates ausgezahlt haben und Polen unverzüglich soviel Eisenbahnmaterial zurückzugeben, als verhältnismäßig auf die abgetretenen Eisenbahnen im Osten entfällt. Deutschland stimmte zu, die Verhandlungen über die Entfernung der deutschen Zivil- und Militärbehörden und die Auslieferung der kirchlichen Fonds, Archive und Kontrakte einzuleiten.

Polnische Ausschreitungen.

TU. Allenstein, 20. Januar. Hier treffen zahlreiche Zivilisten aus Soldau, Neidenburg und Neustadt ein, die vor den polnischen Besetzungstruppen flüchten. Sie berichten von unglaublichen Greueltaten, die die Polen verüben und erzählen, daß große Teile der deutschen Bevölkerung rücksichtslos vertrieben werden. Auch deutsches Militär trifft hier ein, dem die Polen sämtliche Ausrüstungsgegenstände mit Gewalt abgenommen haben.

Polnische Bestialitäten.

Die Warschauer „Naje Arbajter Cajtung", das Organ der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Poale Zion) Polens, veröffentlicht folgenden Brief, der dem Abgeordneten Genossen Dr. Schipper von politischen Gefangenen verschiedener sozialistischer Parteien aus dem Gefängnis in Minsk zugegangen ist:

„Genossen! Erreicht Euch denn nicht der Verzweiflungsschrei Eurer Genossen, die in den polnischen Gefängnissen in Minsk schmachten? Wißt Ihr nichts von den grausamen Taten, die gegen Eure verhafteten Genossen begangen werden? Oder wißt Ihr vielleicht doch, aber Ihr habt keine Möglichkeit, irgend welche Maßnahme zu ergreifen? Allabendlich werden die Räume des Minsker Spionagedienstes in ein Schlachthaus verwandelt. Die politischen Verhafteten werden wie Schafe gebunden, Hände und Füße zusammen, und sie werden auf bloßem Leib mit eisernen Ruten mörderisch geschlagen. Damit sie nicht schreien, wird ihnen der Mund mit Tüchern verbunden. Auch Frauen werden mit Ruten auf bloßem Leib geschlagen. Kranke und schwache Frauen werden in kalte und finstere Einzelkammern eingesperrt. Wenn der Abend anbricht, wird die Stimmung unter den Verhafteten aufgeregt, denn niemand weiß, ob nicht heute ihn das Schicksal treffen wird. Genossen! Organisiert eine Protestaktion, damit die breiten Massen ihren Zorn gegen die an ihren verhafteten Genossen begangenen Gewalttaten zum Ausdruck bringen. Verliert keine Zeit, denn Zeit kostet Opfer! (Folgen mehrere Unterschriften.)

P. S. Wir legen einige blutgetränkte Tücher als Beweis bei. Sorgt dafür, daß alle sozialistischen Zeitungen unseren Hilferuf zum Abdruck bringen!

Der bolschewistische Sieg über Denikin.

Der „Frankf. Ztg." wird aus Stockholm berichtet: Nach einem zusammenfassenden Moskauer Bericht haben die Sowjet-Truppen auf ihrem Siegeszuge gegen Denikin in 1½ Monaten 900 Kilometer zurückgelegt und 750 Geschütze, 530 Maschinengewehre, 23 Panzerzüge, 11 Tanks, mehrere hundert Lokomotiven, die entsprechende Anzahl Wagen und große Mengen sonstiges Kriegsmaterial erbeutet. Die Sowjettruppen stehen jetzt in Melitopol, Mariampol und Taganrog am Asowschen Meer und halten Rostow besetzt. Auf dem Vormarsch in Sibirien bewegen sie sich bereits östlich Krasnojarsk an der sibirischen Bahn. Truppen, die von Omsk südöstlich nach Semipalatinsk vorstießen, sind jetzt bis Basarka gekommen und damit nur noch 100 Kilometer von der chinesischen Grenze entfernt. In Transkaspien bedrohen die Bolschewiki den Kaspischen Meerhafen Krasnowodsk, von dessen Fall sie sich außerordentliche Erleichterungen im Verkehr mit Persien versprechen.

Bei den Petersburger Rätewahlen wählten 279 000 Personen 1885 Vertreter, von denen 1539 Bolschewisten sind.

Aus Irkutsk kommt die Meldung, daß die Rote Armee in Nordsibirien Turlun und das ganze Gebiet von Linsky besetzt habe. Ueberall entstehen Sowjetregierungen in den einzelnen Bezirken, die sich zu einem Zentralsowjet zusammengeschlossen haben.

Die englische Flotte im Schwarzen Meer.

TU. Lyon, 20. Januar. Aus Malta wird gemeldet, daß alle verfügbaren britischen Kriegsschiffe nach dem Schwarzen Meer abgefahren sind. Aus Toulon wird berichtet, daß die Hospitalschiffe Befehl erhalten haben nach dem Schwarzen Meer zu fahren.

Ein französisches Zeugnis über die Einwohnerwehren.

Der Sonderberichterstatter des großen französischen Provinzblattes „Progres de Lyon", Georges Verdene, welcher für sein Blatt Deutschland bereist, schrieb jüngst einen Aufsatz, in dem er dem Rummel der französischen nationalistischen und der deutschen „unabhängigen" Blätter bezüglich einer angeblichen geheimen Reorganisierung der deutschen Wehrmacht energisch entgegentrat. Aus diesem Briefe entnehmen wir folgende Stellen:

„Die Einwohnerwehr ist eine Bürgerwehr, wie es überall welche gibt, in der Schweiz z. B. in den entlegensten Dörfern, und sie hat keinen anderen Zweck, als die Ordnung zu sichern und die Plünderungs- und Sabotagegier der extremen Elemente zu bekämpfen. Ihr Wesen ist das denkbar unmilitärischste. Sie ist unter den Einwohnern rekrutiert, welche, der Reihe nach, Wache halten und nächtliche Streifen durchführen."

Verdene hebt sodann hervor, daß nichts in den Einwohnerwehren geeignet wäre, das Mißtrauen der Alliierten zu erwecken. Sie bestehen aus reifen, ja sogar älteren Männern, sie sind für militärische Unternehmungen völlig ungeeignet, und man habe sich gar zu sehr beeilt, Deutschland zu beschuldigen, daß es heimlich ein Angriffsheer wieder aufstelle. Verdene schließt mit den Worten:

„Auf der französischen Botschaft in Berlin, wo man wohl unterrichtet ist, zeigt man keinerlei Angst bezüglich der Einwohnerwehr und wenn man auch in der sündigen Wachsamkeit nicht nachläßt, so ist man doch über den militärischen Wert dieser Einwohnerwehr völlig im Klaren, welcher Wert gleich null ist, wie auch über ihren Wert als Ordnungselement, und dieser Wert steht fest."

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die sozialdemokratische Fraktion und die innerpolitische Lage.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat sich Sonntag in einer fünfstündigen Aussprache mit den neuesten innerpolitischen Ereignissen und der Haltung der Regierungsmitglieder beschäftigt. Von den Ministern sprachen Bauer, Noske, David und Braun. Die Fraktion billigte mit allen gegen 3 Stimmen, bei einer Enthaltung, das Programm ihrer in der Regierung sitzenden Genossen. **Es soll die Demokratie mit allen Mitteln gegen die Diktatur von links geschützt,** aber auf der anderen Seite den Arbeitern gegeben werden, was bei der heutigen Lage des Staates nur irgendwie möglich ist, um die deutsche Republik über die kommenden schweren Monate hinauszubringen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Fraktion eine fünfgliederige Kommission eingesetzt, die im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem preußischen Landwirtschaftsminister die Ernährungsfrage untersuchen und die Mittel erforschen soll, durch welche die Landwirtschaft zu größeren Leistungen befähigt werden kann. Die Kommission soll sofort mit ihrer Arbeit beginnen, damit die deutschen Landwirte noch vor Beginn der Frühjahrsbestellung erfahren, wie die kommenden Ernteerträgnisse gewertet werden sollen.

Eine neue Kohlenpreiserhöhung in Sicht.

Am Montag verhandelten die Vertreter der Bergarbeiterverbände mit dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichswirtschaftsministerium über die Forderungen der Ruhrbergarbeiter. Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß die Reichsregierung der sofortigen Einführung der Sechsstundenschicht unmöglich zustimmen könne, da diese die Vernichtung der deutschen Volkswirtschaft bedeute. Nach eingehender Aussprache erklärte sich die Regierung zu folgendem Zugeständnis bereit: Die Siebenstundenschicht im Ruhrbergbau bleibt weiter in Geltung, jedoch werden für diese siebenstündige Arbeitszeit 7½ Stunden bezahlt. Die Regierung ist bereit, die Einführung der Sechsstundenschicht in absehbarer Zeit international herbeizuführen. Bezüglich der Lohnforderungen fand eine eingehende Aussprache statt. Die Bergarbeiterverbände fordern die Erhöhung des Grundlohnes von 14 Mk. auf 30 Mk. für Hauer, so daß einschließlich der Gedingsätze der Durchschnittslohn für Hauer sich von ungefähr 27 Mk. auf 45 Mk. für die Schicht erhöhen würde. Für die Schichtlöhne wird eine Erhöhung von 2 Mk. für die Stunde gefordert. Außerdem soll das Kindergeld von 20 Pfg. auf 1 Mk. für die Schicht erhöht werden. Die Regierung erklärte hierzu, daß diese Lohnforderungen eine Erhöhung der Kohlenpreise um zirka 45 Mark für die Tonne erfordern würden. Damit würde unser heutiger Wertmaßstab völlig über den Haufen geworfen, zumal auch die Werkbesitzer eine erhebliche Kohlenpreiserhöhung für die Erweiterung und den Ausbau der Zechen fordern. Die Bergarbeiter müßten sich klar machen, daß eine so ungeheuerliche Kohlenpreiserhöhung sofort eine dementsprechende Geldentwertung nach sich ziehen würde, und daß sämtliche Industrie- und Landwirtschaftserzeugnisse in wenigen Wochen sprunghaft in die Höhe getrieben würden, so daß in allen Industriezweigen neue heftige Lohnkämpfe entbrennen müßten. Die Bergarbeiter müßten diese Frage nicht allein als Produzenten, sondern auch als Konsumenten beurteilen. Die Regierung erklärte sich schließlich bereit zu Konzessionen auf folgender Linie: Der Grundlohn soll ungefähr in dem Maße erhöht werden, wie sich die Löhne der Eisenbahner durch den letzten Tarif gestaltet haben. Das würde etwa für die Hauer 8 Mk. bis 10 Mk. für die Schicht ergeben, dazu die erhöhten Kinderzulagen und die Vergütung der halben Stunde infolge des Weiterverfahrens der siebenstündigen Schicht, so daß für Hauer ein Durchschnittslohn von etwa 40 Mk. herauskommen würde. Damit müßten sich die Bergarbeiter trotz ihrer besonderen Opfer, die sie der Allgemeinheit bringen, zufrieden geben. Der Allgemeinheit würde durch die notwendige Erhöhung der Kohlenpreise ein sehr schweres Opfer auferlegt. Die Regierung glaubt aber, den Bergleuten ein besonders weites Entgegenkommen zeigen zu müssen, um es nicht zu einer Katastrophe kommen zu lassen. Weitere Konzessionen seien für die Regierung völlig unmöglich. Man dürfe hoffen, daß auch die Bergarbeiter einsichtig genug sind, um sich mit diesem sehr beachtenswerten Erfolg zufrieden zu geben.

Verhaftungen und Zeitungsverbote.

Der Führer des linken Flügels der „Unabhängigen", Däumig, ist Sonntag im Auftrage der Regierung verhaftet worden. Die Gründe dazu hat Reichskanzler Bauer in seiner Rede in der Nationalversammlung angedeutet, in der er erklärte, gegen die intellektuellen Urheber der blutigen Zusammenstöße in Berlin würde eingeschritten werden. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld hat Montag vergeblich versucht, im Polizeipräsidium die Freilassung Däumigs durchzusetzen. Außer Ernst Däumig wurden noch weitere elf „radikale" Führer verhaftet, darunter der Kommunist Malzahn von der sog. „Zentrale der sozialistischen Betriebsräte". Die Liste der Verhaftungen ist damit, wie dem „L. A." von unterrichteter Seite erklärt wird, noch nicht abgeschlossen. Die bisherigen Untersuchungen über die jüngsten Putschversuche hat diesem Blatt zufolge unter anderem das Bestehen eines kommunistischen Aktionskomitees ergeben, das gegenwärtig wieder einmal außerordentlich verhetzend vorgeht. Nach einer Meldung des „Frankfurter Volksrechts" wurde in Frankfurt a. M. der Vorsitzende der „Unabhängigen" Köppe verhaftet. Ein Versuch, Frl. Toni Sender festzunehmen, ist mißlungen.

Wie dem „B. T." aus Halle gemeldet wird, wurden die Zeitungen der „Unabhängigen", das „Volksblatt" in Halle und der „Volksbote" in Zeitz wegen fortgesetzter Hetzartikel welche die Achtung vor dem Gesetz und den öffentlichen Frieden bedrohen, verboten.

Die Untersuchung des Falles Sklarcz.

Der sozialdemokratische Untersuchungsausschuß für den sogenannten Fall Sklarcz hat am 17. Januar die Vernehmungen abgeschlossen. Die zahlreichen Zeugenaussagen haben nichts ergeben, was führende Parteigenossen belastend oder ehrenrührig sein könnte. Die wichtigsten Zeugen haben erklärt, daß sie niemals im Zusammenhang mit dem Fall Sklarcz Beschuldigungen gegen führende Sozialisten hätten erheben wollen. Ein ausführlicher Bericht der Ausschußverhandlung wird folgen.

Landesverratsprozeß gegen den Wendenführer Barth.

Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig fand am Montag der Prozeß gegen den Wendenführer, den Kaufmann Ernst August Barth, wegen versuchten Landesverrats statt. Barth ist, wie seine Eltern, sächsischer Staatsangehöriger und stammt aus einem alten wendischen Geschlecht. Er ist angeklagt, im April 1919 als Deutscher einer feindlichen Macht Vorschub geleistet zu haben. Er soll in Paris einem Vertreter des französischen Ministeriums die unwahre Mitteilung gemacht haben, das Deutsche Reich rüste weiter, verheimliche Kriegs- und Eisenbahnmaterial und stelle neues her. Der Gerichtshof beschloß, die Oeffentlichkeit auszuschließen, weil durch die Verhandlungen der öffentlichen Ordnung und Staatssicherheit Gefahr drohe. Die Verhandlungen wurden nachmittags zu Ende geführt. Die Verkündigung des Urteils wurde auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Kleine politische Nachrichten.

Der neu ernannte italienische Geschäftsträger in Berlin übergab dem Reichsminister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben.

Ludendorff dementiert durch die „Tägliche Rundschau" die Meldung, daß er als deutschnationaler Reichstagskandidat aufgestellt werde. Er gehöre der deutschnationalen Volkspartei nicht an.

Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger nahm eine Resolution gegen das Verbot von Zeitungen ohne Begründung und ohne Befristung an. Solche Verbote führten zur Vernichtung der Zeitungsverlage einschließlich der Redakteure, Angestellten und Arbeiterschaft.

Der Prozeß Erzberger-Helfferich, der voraussichtlich 14 Tage dauern wird, hat Montag in Moabit seinen Anfang genommen. Man kam am ersten Tage nicht über die stundenlange Verlesung der zahlreichen Zeitungsartikel hinaus, die den Gegenstand der Anklage bilden.

Der Militärbefehlshaber in Hamborn hat die Sicherheitswehr aufgelöst, entwaffnet und ihre Führer verhaften lassen, weil die Wehr sich bei den Hamborner Unruhen völlig untätig verhalten und einzelne Mitglieder auch als Anführer der Plünderer sich beteiligt hätten.

Am Sonntag hielt der Präsident der Preußischen Landesversammlung, Gen. Leinert, in Laatzen, einem Vororte von Hannover, eine Versammlung ab. Diese wurde aber von den „Unabhängigen" gesprengt.

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Nürnberg wurde Bürgermeister Dr. Luppe (Frankfurt) als einziger Kandidat mit 34 835 Stimmen gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug nur 17,5 v. H.

Die Zentralleitung der kommunistischen Partei Deutschlands wurde von Leipzig nach Chemnitz verlegt.

In Holland ist die Kontrolle der aus Deutschland kommenden Eisenbahnzüge sehr verschärft worden, um das Eindringen bolschewistischer Elemente zu verhindern. Mehrere Ausländer, die im Besitz bolschewistischer Druckschriften waren, wurden zurückgewiesen.

In einer Unterredung erklärte Clemenceau, daß er in einigen Tagen auf zwei Monate nach Aegypten gehe. Er werde keine Memoiren schreiben. In Pariser parlamentarischen Kreisen besteht die Absicht, Clemenceau eine Dotation von 1 Million Francs zu gewähren und ihm auch die Militärmedaille zu geben.

Afrika.

Arbeiterräte in Durban.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Bei einem Streik der Gemeindearbeiter in Durban in Natal wurden die Gemeindebehörden abgesetzt und Sowjeträte eingesetzt. Die Stadtbehörden waren schließlich gezwungen, alle Forderungen der Arbeiter zu bewilligen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 20. Januar.

Unsere Postabonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß Beschwerden über unregelmäßige Zustellung des „Lübecker Volksboten", bei ihrem Postamt am Orte anzubringen sind. Der „Lübecker Volksbote" wird täglich regelmäßig pünktlich 5 Uhr der hiesigen Post in der verlangten Zahl zur Expedierung übergeben. Wir haben danach keinen weiteren Einfluß auf die Bestellung.

Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten".

Aus der Bürgerschaft.

Siedlungs-, Wohnungs- und Schulfragen.

Die Kommissions- und Fraktionsvorarbeiten machten sich in der ersten Sitzung der Bürgerschaft im neuen Jahr vorteilhaft bemerkbar. Eine ganze Reihe von Anträgen — es standen deren nicht weniger als 24 auf der Tagesordnung — ging ohne oder mit nur geringer Debatte durch. Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß die Bürgerschaftsvertreter an allen ihre Freude haben. Im praktischen und im parlamentarischen Leben muß eben manches mit verdaut werden, das nicht in jeden Magen paßt, aber im Interesse des Ganzen doch nicht mißachtet werden darf. Durch ein summarisches Verfahren wurde allerdings der Bandwurm der Senatsanträge gleich um fünf Glieder verkürzt. Der Demokrat Neufeld forderte für die Nachbewilligungen Prüfung auch der Deckungsfrage.

Zu ausgiebigerer Debatte gaben nur drei Senatsanträge Veranlassung: die Kleinsiedlungen, der Verkauf von neuerbauten Staatsgrundstücken an der Kerkringstraße und die Schulfrage, die beim 23. Tagesordnungspunkt von Genossen Schermer angeschnitten wurde. Den Standpunkt unserer Fraktion zu den Siedlungen legte Genosse Planthafer dar, der erfreulicherweise ein Verebben der voriges Jahr so hochgehenden Wogen feststellen konnte. Denn das mögen sich manche Himmelsstürmer gesagt sein lassen: so weit sind wir noch nicht, um jedem sein Hüfung zuteilen zu können. Den Hauptnutzen haben vorläufig nur jene, die sich einen Fonds ansammeln konnten, während die Nur-Idealisten zuschauen müssen. Genosse Casbohm forderte mehr Entgegenkommen für die Eisenbahner und Genosse Haut machte auf die Gefahr aufmerksam, die durch Scheinverkäufe entstehen kann, um die Grundstückspreise in die Höhe zu schrauben, wie es beim Verkauf der Weberkoppel den Anschein hat. Für die Mieter der neuen Häuser an der Kerkringstraße trat Genosse H. Puls lebhaft ein, für deren Wohnungsexistenz er beim Verkauf fürchtete. Ihm assistierte Genosse Ad. Kleinfeld. Die Befürchtungen teilte der Demokrat Ambrosius nicht. Vom Senat wurden zu große Unterhaltungskosten und mangelnde Kontrolle angeführt, vor allem aber Flüssigmachen festgelegten Staatskapitals gefordert. Nachdem der Antrag bereits einmal abgelehnt worden war, geht er aufs neue an eine Kommission.

Von den Genossen A. Puls, Riechert, Meyer, Reisberger, Haut und F. Möller wurden einzelne Wünsche vorgebracht, die am Senatstisch entgegenkommende Berücksichtigung fanden.

In letzter Stunde schnitt Genosse Schermer die notwendige und sofortige Reformierung unseres Schulwesens an. Mit Recht wandte er sich gegen die bisherige verzögernde

Behandlung dieser Frage und forderte bei der demnächstigen großen Schulkonferenz auch Vertretung von Senat und Bürgerschaft. Wie dieser Redner, ging auch Genosse Planthafer scharf gegen den Oberschulrat Prof Dr. Wychgram vor, da beide eine absichtliche Verzögerung in der ganzen Art erblicken, wie diese hochwichtige Angelegenheit bisher behandelt wurde. Wir müssen Raummangels wegen auf den Bericht selbst verweisen. Senator Kulenkamp wie Dr. Wychgram wollten die Vorwürfe nicht gelten lassen, sie versteiften sich auf die langwierigen Vorarbeiten und insbesondere auf die Raumknappheit in den Schulen. Sie glauben, daß Ostern übers Jahr die natürlichen Widerstände behoben seien, wozu insbesondere der Geburtenrückgang während des Krieges beitrage. Der nächste erste Jahrgang der Schüler werde um 50 Proz. geringer sein. Dresden z. B. werde statt 75 000 Schüler nur 37 000 aufweisen. So hat die Kriegsfurie im Lande gewirkt! Der Demokrat Reimpell bekannte sich als alter Freund der Einheitsschule. Schließlich fand das Ersuchen Schermers auf Errichtung der Grundschule zu Ostern 1920 Annahme.

So fand die erste Sitzung einen etwas stürmischen Abschluß, nachdem sie mit einer warmen Ansprache des Wortführers G. Ehlers, der zu tatkräftiger Aufbauarbeit ermunterte und seine Freude über die Wiederkehr unserer gefangenen Brüder kundtat, begonnen hatte.

Postpaketverkehr aus Amerika.

Um unnützen Nachfragen zu begegnen, weist die Oberpostdirektion Hamburg darauf hin, daß die Verzögerung der späten Auslieferung nicht bei der Post zu suchen sind. Die Pakete werden nur mit den von Neuyork unmittelbar nach Hamburg abgehenden langsamen Frachtdampfern abgesandt, die durchschnittlich 3—4 Wochen unterwegs sind. Häufig sind die Pakete schon 3—4 Wochen alt, ehe sie den Anschluß an die Dampfer finden, da ja auch in Amerika die Pakete nicht sofort abgesandt werden können, sondern ebenfalls bis zum Abgang eines Dampfers angesammelt werden müssen. Bis zur Ankunft der Pakete in Hamburg werden die Pakete mit größtmöglichster Beschleunigung postamtlich behandelt. Die notwendige Neuverpackung der beschädigten Pakete — ungefähr 25 Prozent aller Pakete gehen beschädigt ein — nehmen eine geraume Zeit in Anspruch. Die Beförderungsdauer eines Postpakets aus den Vereinigten Staaten von Amerika bis zur Aushändigung eines Empfängers muß daher mit ungefähr acht Wochen veranschlagt werden. Besonders wird noch darauf hingewiesen, daß der am 25. Oktober von Neuyork abgefahrene Dampfer „Bottumwood" mit etwa 90 000 Paketen an Bord noch immer nicht eingetroffen ist, sondern mit Maschinenschaden in einem englischen Hafen liegt. Die Post von dem in der Nordsee gescheiterten Dampfer „Liberty Glo" hat zwar gerettet werden können, doch hat sie aus Anlaß des Unfalles ebenfalls eine erhebliche Verzögerung erlitten, während etwa 15 000 Pakete, wie schon bekanntgegeben, am 1. Dezember mit dem in der Nordsee gesunkenen Dampfer „Kerwod" gänzlich verloren gegangen sind. Dem Publikum kann daher nur empfohlen werden, bei Erwartung von Paketen aus Amerika Geduld zu üben. Wenn trotz alledem ein Empfänger gezwungen ist, nach dem Verbleib einer Sendung Nachfrage zu halten, so müßte solche in jedem Falle an den Absender gerichtet werden, damit von diesem die Angelegenheit bei der zuständigen Aufgabepostanstalt in Amerika zwecks Einleitung der Nachforschungen zur Sprache gebracht wird. Beim Postamt Hamburg 7 ist es leider ohne weiteres nicht möglich, nach dem Eingang und Verbleib eines einzelnen Paketes zu forschen, da es hierzu bei der großen Menge von Paketen der genauen Angabe durch das Postamt in Neuyork bedarf, mit welchem Dampfer und unter welcher Listennummer das Paket von Neuyork nach Hamburg abgegangen ist. Welche gewaltige Masse von Paketen hier eintreffen, kann daraus ersehen werden, daß zum Beispiel mit dem Dampfer „Manchuria" der Amerika-Linie am 1. Januar d. J. allein 14 104 Säcke mit rund 100 000 Paketen eingegangen sind.

Erhöhung der Unterhaltsgelder.

In letzter Zeit taucht recht häufig die Frage auf, ob es angängig sei, rechtskräftig festgesetzte Unterhaltsbeiträge zu erhöhen. Diese Frage ist zu bejahen und zur Begründung auf den § 323 der Zivilprozeßordnung zu verweisen, welcher lautet:

„Tritt im Falle der Verurteilung zu künftig fällig werdenden wiederkehrenden Leistungen eine wesentliche Aenderung derjenigen Verhältnisse ein, welche für die Verurteilung zur Entrichtung der Leistungen, für die Bestimmung der Höhe der Leistungen oder der Dauer ihrer Entrichtung maßgebend waren, so ist jeder Teil berechtigt, im Wege der Klage eine entsprechende Abänderung des Urteils zu verlangen. Die Klage ist nur insoweit zulässig, als die Gründe, auf welche sie gestützt wird, erst nach dem Schlusse der mündlichen Verhandlung, in der eine Erweiterung des Klageantrages oder die Geltendmachung von Einwendungen spätestens hätte erfolgen müssen, entstanden sind und durch Einspruch nicht mehr geltend gemacht werden können. Die Abänderung des Urteils darf nur für die Zeit nach Erhebung der Klage erfolgen.

Die auf Grund des § 794 Ziffer 1, 2 und 5 der Zivilprozeßordnung abgeschlossenen Vergleiche sind den ergangenen Urteilen im Sinne des § 323 gleichzuachten und kann somit wegen wesentlicher Aenderung der Verhältnisse auch eine Abänderung dieser Vergleiche verlangt werden.

Es dürfte nun noch die Frage aufzuwerfen sein, wieviel jetzt an Unterhaltsgeldern für ein uneheliches Kind verlangt werden kann. Die Höhe der Alimente richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen und dem Stande der Parteien. In Lübeck wird jetzt als Mindestsatz 540 Mark pro Jahr angenommen. Handelt es sich um Unterhaltsgelder für die geschiedene Ehefrau, so hat nach § 1578 des Bürgerlichen Gesetzbuches der allein für schuldig erklärte Ehemann ihr den standesgemäßen Unterhalt insofern zu gewähren, als sie ihn nicht aus den Einkünften ihres Vermögens und, sofern nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten gelebt haben, Erwerb durch Arbeit der Frau üblich ist, aus dem Ertrag ihrer Arbeit bestreiten kann. Die Unterhaltspflicht der Verwandten in gerader Linie regelt der § 1601 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Hiernach sind Kinder den Eltern, und diese den Kindern gegenüber verpflichtet, einander Unterhalt zu gewähren. Erfolgt wegen rückständiger Unterhaltsgelder Lohnpfändung, dann ist dem Vater des unehelichen Kindes soviel zu belassen, als er zur Bestreitung seines notdürftigen Unterhalts und zur Erfüllung der ihm seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder seiner früheren Ehefrau gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht der Bezüge bedarf. Handelt es sich dagegen um Unterhaltsbeiträge der Frau und der ehelichen Kinder, ebenso der geschiedenen Ehefrau, dann ist die Pfändung des Lohnes in voller Höhe zulässig.

*

Unabhängige Heuchelei. Die neuesten Ereignisse bieten den Unabhängigen und Kommunisten wieder Agitationsstoff, um gegen die rechtssozialistischen Bluthunde loszugehen. Wenn aber erst die linksradikalen Diktatoren ans Ruder kommen sollten, werden sie auch nicht anders können, als sich auf eine bewaffnete Macht zu stützen. Das ist selbstverständlich und anderwärts haarscharf bewiesen. Mit dem Schreien gegen die jetzige Regierung will man nur seine eigenen Absichten verdecken. Hin und wieder kommt so eine linksradikale Unschuld und deckt die Karten harmlos auf. So sagte z. B. Herr Behring, verflossener Polizeipräsident von Bremerhaven, jetzt U.-S.-P.-Agitator im Landgebiet, unter dem frischen Eindruck der Leipziger Parteitagsverhandlungen in Oesendorf über die Diktatur: „Selbstverständlich wollen wir keine Diktatur, die Waffen anwendet. Wenn unseren Maßnahmen aber Widerstand entgegengesetzt wird, muß dieser gebrochen werden. Und da werden wir auch Maschinengewehre anwenden. Sollten sich Teile der Arbeiterschaft unter den Widerstrebenden befinden, so werden wir diese mit gleichen Mitteln niederkämpfen müssen. Widerstand gegen unsere Maßnahmen können wir nicht dulden. — Die Arbeiter sollten sich solche Worte merken.

Tarifverbindlichkeiten für gewerbliche Arbeiter im Kleinhandel. Der zwischen dem Verband lübeckischer Kleinhandelsvereine und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Ortsverwaltung Lübeck, am 2. August 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter im Kleinhandel wird für den Kleinhandel mit Ausnahme der Blumengeschäfte gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für den Stadtbezirk Lübeck für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. November 1919. Der Reichsarbeitsminister. In Vertretung: gez. Geib. — Auf Verfügung des Reichsarbeitsministeriums ist unter dem 13. Januar 1920 eingetragen worden: Aenderungen des eingetragenen Tarifvertrages werden nur durch eine neue Erklärung des Reichsarbeitsministeriums allgemein verbindlich.

Lazarettvorstellung. Vorige Woche hatte die Direktion des Lübecker Kabaretts „Fledermaus" seine Gesangskräfte zur Unterhaltung der Verwundeten nach dem Reservelazarett Burgfeld entsandt. Die vorzüglichen Kräfte verstanden es, die Gemüter der Zuhörer freudig zu erregen. Daß Lachen in heutiger Zeit die beste Medizin ist, bewiesen die erheiterten Gesichter und strahlenden Augen der Leidenden, von denen leider noch so viele in den Lazaretten liegen. Herr Direktor Todt von der „Fledermaus" möge in Lübeck Nachahmung finden bei der hiesigen Künstlerschaft.

Die Lübecker Handelskammer zum Mittelland- und Nord-Süd-Kanal. In einer der Kanalfrage gewidmeten Sonderversammlung faßte die Lübecker Handelskammer einstimmig eine Entschließung, in der in bezug auf den Mittelland-Kanal das Gebot höchster Wirtschaftlichkeit hervorgehoben und die großzügige Einbeziehung der Seehäfen als der Hauptnährquellen der Binnenschiffahrt in das binnenländische Kanalnetz als Notwendigkeit erachtet wird. Die Lübecker Handelskammer ist überzeugt, daß nur eine nördliche Linienführung in Verbindung mit dem Nord-Süd-Kanal zu den Elbseehäfen den unbedingt zu stellenden technischen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen kann. Der begonnene Hannover-Peine-Kanal wird daneben als notwendiger Stichkanal seine Bedeutung behalten. Die Lübecker Handelskammer hegt zur preußischen wie vor allem auch zur Reichsregierung als der nunmehrigen verfassungsmäßigen Verwalterin und Pflegerin der deutschen Wasserstraßen das Vertrauen, daß bei der Behandlung der Kanalfrage im Zusammenhang mit der preußischerseits vorbereiteten Denkschrift für die Linienführung des Mittellandkanals lediglich das deutsche Gesamtinteresse entscheidend sein wird, mit welchem sich das Gemeininteresse der hauptbeteiligten Seehäfen untrennbar verbindet.

Bestimmungen über die Einfuhr von Kaffee. Wie die Handelskammer mitteilt, dürfen ohne Bewilligung des Kaffee-Einfuhrvereins bis auf weiteres Gebote für Kaffee nach dem Auslande nicht abgegeben und Käufe von Kaffee im Auslande nicht getätigt werden. Wer dieser Bestimmung entgegenhandelt, kann auf nachträgliche Einfuhrbewilligung nicht rechnen.

Versorgung des Handwerks mit Leinölfirnis. Die Wirtschafts-Abteilung der Gewerbekammer teilt mit, daß nach Mitteilung des Reichsausschusses für pflanzlich-tierische Oele der Preis für künftige Lieferung um 4 Mk. pro Kilogramm erhöht ist, sodaß der Abgabepreis hier 22 Mk. beträgt.

Anmeldepflicht für Branntwein. Nach den §§ 121 Abs. 1 und 3 bezw. 125 des Gesetzes über das Branntweinmonopol unterliegt die gewerbsmäßige Herstellung sowie der gewerbsmäßige Verkauf oder Ausschank freigeldpflichtiger Trinkbranntweine der schriftlichen Anzeigepflicht vor Eröffnung des Betriebes. Die Anmeldung ist an das hiesige Hauptzollamt zu richten.

Ueber die Erschießung Dunkers geht uns von der Sicherheitspolizei ein längeres Schreiben zu, das unsern gestrigen Bericht über diesen Vorfall im allgemeinen bestätigt. Es wird in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß die Beamten erst zur Verhaftung Dunkers schritten, als dieser sie tätlich angegriffen hatte. Auf dem Wege zur Wache habe der Verhaftete den Beamten das Gewehr entreißen wollen, wobei der tötliche Schuß losgegangen sei.

Mieterschutzverein. Am 14. ds. Mts. fand in den Zentralhallen eine außerordentlich gut besuchte Sitzung des Mieterschutzvereins statt. Der Satzungsentwurf fand im wesentlichen Annahme. Von den Mitgliedern soll ein Beitrag von 6 Mk. jährlich, zahlbar in halbjährlichen Raten, sowie 1 Mk. Aufnahmegebühr erhoben werden. Da der Verein sich u. a. auch zum Ziele gesetzt hat, den gesunden Hausbesitz zu schützen, so ist auch Hausbesitzern, soweit sie nicht einem der beiden hiesigen Grundbesitzervereine angehören, die Möglichkeit gegeben, Mitglied des Mieterschutzvereins zu werden. Daß auch in diesen Kreisen Interesse für die Sache besteht, geht daraus hervor, daß schon eine ganze Reihe von Hausbesitzern ihren Beitritt erklärt haben. Arbeitersekretär Gogowsky wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der neuerwählte Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß der Verein zum Segen der Mieter wirken möge. Dem neuen Verein traten sofort 45 neue Mitglieder bei.

Hansa-Theater. Die mit großem Beifall aufgenommene Operette „Das Mädel von drüben" wird bis Donnerstag täglich im Hansa-Theater gegeben. Am Freitag kommt „Die lustige Witwe", Sonnabend zum ersten Male „Die Förster-Christel" Operette von Bernhard Buchbinder, Musik von Georg Jarno, zur Aufführung.

Stadttheater. Am Mittwoch, dem 21. Januar werden die Opern Kain und Feuersnot zum letztenmal aufgeführt. Donnerstag wird für die Schauspielgemeinde „Vasantasena" wiederholt. Gültig sind die grünen Karten. Als nächste Opernneuheit wird am Freitag, dem 23. Januar, zum erstenmal Eugen d'Alberts Oper „Der Stier von Oliver" gegeben. Sonntag vormittag findet eine Morgenfeier im Abonnement Faustzyklus (weiße Karten) statt. Herr Oberspielleiter von Lossow wird einen Vortrag über „Hamlet" halten.

Festgenommen wurde der Arbeiter Friedrich Ernst Hermann Brandes, geb. 17. Mai 1901, wegen Betruges. Der Festgenommene hatte einem Seemann anstatt Zucker Sand verkauft.

Eine fette Beute. Aus der Räucherkammer der Heilanstalt Strecknitz sind in letzter Nacht 5 Schinken, 8 Speckseiten und einige Mettwürste gestohlen. Die Schinken, die erst kurze Zeit im Rauch gehängt haben, sind noch nicht durchgeräuchert.

Ermittelt und festgenommen wurden 3 Seeleute, welche von einem Schiff 2 Manillatrossen im Werte von 1500 Mk. gestohlen hatten. Ein hiesiger Seilermeister, der das Diebesgut gekauft hatte, wurde wegen Hehlerei festgenommen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ein mit Schleichwaren beladenes Segelschiff machte am Löschplatz beim Kajen fest. Als Polizeibeamte zur Ueberholung des verdächtigen Schiffes an Bord erschienen, wurde erklärt, daß das Fahrzeug Eisenwaren geladen hatte. Man stellte jedoch fest, daß sich auch beträchtliche Mengen Fleisch, Butter und Roggen darauf befanden. Sämtliche Lebensmittel wurden beschlagnahmt und dem Kriegsversorgungsamt eingeliefert.

Hamburg. Sturz über das Treppengeländer. Im Hause ihrer Eltern, Süderstraße 44, stürzte die sechsjährige Lisbeth Stolz beim Hinabrutschen auf dem Treppengeländer aus der zweiten Etage in die Tiefe und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Lauenburg. Bei der Bürgermeisterwahl, die hier am Sonntag stattfand, wurden für den bisherigen sozialdemokratischen Stadtverordneten Stolt aus Hamburg 587 und für die Gegenkandidaten gar keine Stimmen abgegeben. Stolt war schon einmal zum Bürgermeister gewählt, doch wurde die Bestätigung versagt, weil nicht öffentlich gewählt worden war.

Neumünster. Von Straßenräubern getötet. Im südlichen Stadtteil wurde ein russischer Kriegsgefangener von mehreren Männern überfallen und, da er sich heftig zur Wehr setzte, als die Täter ihm die gesamte Barschaft, 400 Mk., gewaltsam abnahmen, durch einen Messerstich in die Brust so schwer verletzt, daß er alsbald den Tod erlitt. Die Straßenräuber sind unerkannt entkommen.

Flensburg. Infolge der Kundgebungen vor dem Quartier der Internationalen Kommission in Flensburg wurde jede öffentliche Kundgebung gegen einzelne Personen oder Behörden verboten.

Theater und Musik.

Die Morgenfeier im Stadttheater war Herbert Eulenberg gewidmet, einer starken Begabung, einem feinen Kopf unter den Schriftstellern unserer Tage. Schade, daß ihm der große Wurf auf der Bühne bisher versagt geblieben ist. Der Dichter der „Belinde" und „Kassandra" hat ihn längst verdient. Ein launiger Prolog, den Kort Moran sprach, eröffnete die Morgenfeier. Dann Eulenbergs Schwank in Reimen „Die Welt will betrogen sein", eine kleine Harmlosigkeit, von Eva Golz, Oskar Erasmi, Dr. Egmont Kroug und Martin Holtmann mit angenehmer heiterer Wirkung gespielt. Heinrich Schroth, der einen Maler spielte, dessen Bild als echter Rembrandt dem Kunstreferenten des Staatsministeriums aufgehängt wird, war uns zu expressionistisch. Eine ganz köstliche Gabe war das entzückende Lustspielchen „Paul und Paula", das „erste Lustspiel, das mit Tränen endet". Man sollte diese Nippessache als Lückenbüßer in den Abendspielplan übernehmen. Das Lustspielchen wird viele Lacher finden. Die beiden „sozusagen erwachsenen Menschen" Paul und Paula wurden in köstlicher Weise von Karl Heidmann und Clarissa Niemann-Heidmann dargestellt. Auch die beiden Kinder, Käte Brustkern und die kleine Reinhardt, machten ihre Sache ganz ausgezeichnet. -o-

Reich und Ausland.

Von der eigenen Mutter in der Tonne erstickt. Der qualvolle Tod der beiden Kinder des Oberwachtmeisters Hecklau in Berlin, die, wie berichtet, in der elterlichen Wohnung in einer Tonne als Leichen aufgefunden worden sind, hat eine entsetzenerregende Aufklärung erfahren. Die Mutter der Kinder hat eingestanden, daß sie selbst die beiden Kleinen zur Strafe dafür, daß sie zu spät nach Hause gekommen waren, in die Tonne gesteckt, den Deckel zugeschlagen und sich nicht weiter um sie gekümmert habe, bis sie später tot aufgefunden wurden. Wenn auch die Frau schwer hysterisch zu sein scheint und diese Hysterie vielleicht noch durch ihren hochschwangeren Zustand verstärkt wird, so zeugt die Tat doch von einer Roheit, wie sie glücklicherweise nur ganz vereinzelt dasteht. Unbekümmert um das verzweifelte Hilfegeschrei der unglücklichen Kinder hat die Frau ihrer maßlosen Wut freien Lauf gelassen, bis endlich das Schreien zum leisen Wimmern wurde, bis endlich der ältere Knabe seinen Arm um den Hals des jüngeren Schwesterchens legte und ergebungsvoll mit ihm den Tod erwartete.

Im Kattegatt gesunken. Der amerikanische Dampfer „Mahona", der am letzten Freitag von Kopenhagen nach Neuyork abgegangen war, verunglückte in der Nacht zum Montag in schwerem Sturm im Kattegatt, ungefähr eine Meile von der schwedischen Westküste, und sank. Von der 50 Mann starken Besatzung wurde nur der Zweite Steuermann gerettet, die übrigen 49 Mann sind ertrunken.

Zum Tode verurteilt. Das altmärkische Schwurgericht in Stendal verurteilte den polnischen Arbeiter Stanislaus Radolak wegen Mordes zum Tode. Der Angeklagte hatte am 13. Oktober v. J. die Althändlerin Recha Reiner in Salzwedel in ihrem Laden ermordet und beraubt.

Ein Schieber erschossen. Als der Wachtmeister Lockfisch in Flechtlingen (Kreis Gardelegen) einer Frau Beyer aus Magdeburg eine Kiepe mit Fleisch beschlagnahmen wollte, schoß deren Ehemann auf den Wachtmeister, ohne ihn jedoch zu verletzen. Lockfisch gab daraufhin drei Schüsse auf Beyer ab, von denen einer ihn sofort tötete.

Ein deutscher Forscher in Spanien. Auf einem Hügel beim Orte Puig zwischen Sagunt und Valencia entdeckte Professor Schulten (Erlangen) eine antike Ansiedlung, vermutlich die Stadt Lauro, die im Kriege zwischen Sertorius und Pompejus eine bedeutende Rolle spielte.

Riesenunterschlagungen in San Francisco. Unterschlagungen, die in die Millionen gehen und in Verbindung mit den Schiffsbauten für die amerikanische Regierung stehen, sind in San Francisco aufgedeckt worden. Der Generalstaatsanwalt hat das Schiffahrtsamt angewiesen, Zahlungen über ungefähr 37 Millionen Dollar vorläufig zurückzuhalten.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wir weisen darauf hin, daß die „Freie kommunistische Jugend" sich der Bewegung gegen den Kinoschund nicht angeschlossen hat und die Flugblattverteilung von dieser Seite nicht mit unserer Veranstaltung in den Stadthallen zusammenhängt.

Für den Ausschuß der Kampfgruppe Lübecker Jugendverbände gegen den Kinoschund.
J. A.:
H. A. Peter. Wilh. Waterstrat. Rud. Knutzen.

Arbeitslose und Achtstundentag.

Bereits drei Sprechsaalartikel beschäftigten in dieser Sache schon die Oeffentlichkeit. Auch die am 13. ds. Mts. tagende Versammlung der Zahlstelle Lübeck des Zentralverbandes der Schuhmacher befaßte sich mit der skandalösen Angelegenheit der Besohlanstalt Marienstraße. Vor allem möchten wir feststellen, daß die dort beschäftigten Kollegen der Berufsorganisation nicht angehören, und wir erst Erkundigungen über diesen Betrieb einziehen mußten. Das Eingesandt des „Nachtwächters" Herrn M. vom 3. ds. Mts. unterstützen wir ganz energisch; denn durch einwandfreie Zeugen kann nachgewiesen werden, daß der Inhaber der Besohlanstalt bereits früher den Achtstundentag illusorisch gemacht hat. Was die Ueberschreitung der Stundenzahl (Eingesandt des Herrn M. v. 14. d. M.) vor und nach den Festtagen anbetrifft, so wäre es unseren Feststellungen nach für den Inhaber der Besohlanstalt ein Leichtes gewesen, sich passende Arbeitskräfte zu beschaffen. Seine Rechtfertigung ist als kläglich gescheitert anzusehen. Doppelt traurig ist es von seinen Gesellen, sich in der Erwiderung als Vorspann für eine fadenscheinige Geschäftsreklame gebrauchen zu lassen. Der schönen Augen seiner Kundschaft wegen hat dieser Herr sicherlich nicht seine Gesellen bis tief in die Nächte hinein arbeiten lassen. Den Gesellen aber möchten wir den freiwilligen Eintritt in die Berufsorganisation empfehlen, um sich von dem schweren Vorwurfe des Verrates an ihren Berufskollegen zu befreien. Herrn M. möchten wir an dieser Stelle bitten, wenn es ihm angenehm sein sollte, uns seine Adresse zu übermitteln. Das entscheidende Wort in dieser Sache hat die bestehende Tarifüberwachungskommission, vor der sich der Inhaber noch wegen Verletzung des Tarifvertrages zu verantworten haben wird.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Lübeck des Zentralverbandes der Schuhmacher.
J. A.: Johs. Bewarder, Vorsitzender, Schönböckenerstraße 12.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

In der Bekanntmachung vom 18. d. M. betreffend Häutezuschlag ist irrtümlicherweise der Häutezuschlag für Kälber an den Tierhalter auf 90.60 Mk. bekanntgegeben. Derselbe beträgt jedoch **99,60 Mk.**

Lübeck, den 19. Januar 1920. (1709

Die Betriebsbehörde.
Abt. f. d. Schlachthof.

Lübecker Straßenbahn.

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 sind in den Wagen der Lübecker Straßenbahn nachbenannte Gegenstände herrenlos aufgefunden und abgeliefert worden:

ca. 150 Herren- und Damenschirme,
„ 20 Spazierstöcke,
„ 100 Pakete mit verschiedenem Inhalt,
„ 100 Geldbörsen mit und ohne Inhalt,
150 Paar Handschuhe,
Handtaschen, Bücher, Pelzsachen, Essentöpfe, Körbe usw.

Die Empfangsberechtigten werden aufgefordert, ihre Rechte binnen 6 Wochen vom Tage dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der unterzeichneten Verwaltung anzumelden.

Nach Ablauf vorgenannter Frist erfolgt die öffentliche Versteigerung der Gegenstände.

Lübeck, den 19. Januar 1920. (1694

Lübecker Straßenbahn.
Jähncke.

Statt Karten.

Heute morgen 4 Uhr entschlief sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Kaufmann (1713

Johannes Schwabroh

im 74. Lebensjahre. In tiefer Trauer:
Caroline Schwabroh geb. Steffen.
Familie Schwabroh, Hamburg.
Familie Schmidt.
Ernst Schwabroh, Warnemünde.
Walter Behrends, Stettin.
Agnes Schwabroh.
Käthe Schwabroh.
Anneliese und John Jacobsen.

Lübeck, den 19. Januar 1920.
Moislinger Allee 33.

Die Trauerfeier findet am Freitag, 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der St.-Lorenz-Kirche statt.

Deutscher
Bauarbeiterverband

Nachruf.

Am 17. Januar starb nach kurzer schwerer Krankheit unser langjähriger Kollege

W. Baars

(Maurer)
im Alter von 74 Jahren

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 21. Januar, nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle Vorwerk statt.

1703) Der Vorstand.

Eine Partie **Ferkel und Zugänger** zu verkaufen.
H. Stapelfeldt, Krempelsd. Allee 80. Tel. 3247. 1711

Eine Partie **Ferkel und Zugänger** zu verkaufen.
F. Vagt,
1710) Schwartauer Allee 127 a

1 fl. D.-Maskenkostüm zu verm. Schw. Allee 191, 1.

H.- u. D.-Maskenkostüme z. verm. Klapperstr. 14a, 1.

Verloren 19. 1. ein Portemonnaie mit Inhalt. Gegen Belohn. abzugeben 1700) Engelsgrube 73 1.

Diejenige Person,
welche am Sonntag abend in **Krögers Gasthof, Rensefeld,** auf dem Maskenball **den Herren- und Damenmantel** sowie **Hut** an sich genommen hat, wird ersucht, die Sachen in
Krögers Gasthof
sofort wieder abzuliefern, da dieselbe erkannt ist, widrigenfalls Anzeige erstattet wird. (1684

Schuh-Reparaturen, Maßarbeit
prompt und billigst
Franz Fick,
21. Gröpelgrube 20. (1701

Das Erfurter Programm
Mk. 1.20.
Buchh. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46

Neu! Neu!

Der Kleine Roman

Wöchentlich
ein abgeschlossenes, illustr. Heft mit farbigem Titelblatt

Vierteljährlich 6 Mk.
Einzelheft 50 Pfg.

Nr. 1 Frank Wedekind: **„Marianne“.**
Nr. 2 Heinr. Mann: **„Schauspielerin“.**
Nr. 3 Freiherr von Gaudy: **„Aus dem Tagebuch eines wandernden Schneidergesellen“.**

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Die für Mittwoch, den 21. d. M., einberufene Versammlung findet am **Donnerstag, den 22. Januar,** abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, statt.

1712) **Die Ortsverwaltung.**

Marmorsaal.
Sonntag, 25. Jan., 8 Uhr:
Wiederholung des neuen
Bunten (1707
Ernst-Albert-Abend
Unter andern: Der Tanzteufel Homo foxtrottulus.
Vorverkauf **Ernst Robert,** Breite Straße 8, 2, 1 Mk.

Turnverein Stockelsdorf
u. Umgegend.
(1702
Gr. Maskenball
am Sonnabend, 24. Jan.,
im Gesellschaftshaus
O. Dieckmann, Falkenberg.
Anfang 7 Uhr, Ende morg.
Der Festausschuß.

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verband.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 21. Januar,
abends 7 Uhr.
im Gewerkschaftshaus
Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung:
1. Die Unfallverhütungsvorschriften und deren Anwendung. Referent: Kollege **Denker.**
2. Anträge zur Generalversammlung und Vorschläge zur Neuwahl der Bezirksvereinsleitung.
3. Kartellbericht.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

1704) **Der Vorstand.**

Gewerkschafts-Kartell Schwartau-Rensefeld.

Oeffentliche
Versammlung
am Mittwoch, 21. Janr.,
abends 6½ Uhr
im Lokale des Herrn Hillprecht
„Gasthof Transvaal“, Schwartau.

Tagesordnung:
Vortrag des Arbeitersekretärs **Gogowski.** Thema: **„Wie stellen wir uns zur Gründung der Arbeitsbangenossenschaft“.**

Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin, zu erscheinen. (1685

Das Gewerkschaftskartell.

Ankauf v. künstl. Gebissen, Brennütst., Platin alt. Gold u. Silb. gold. u. silb. Taschenuhr. **Königstr. 92** (1656

Geschäftsstelle der „Technischen Nothilfe“
Mengstraße 6 I Zerpf 1697

Die unterzeichneten Firmen
zahlen für

Winterhasen	Mk.	26.—
Zahmkanin, 1. Sorte	„	15.—
dto. 2. dto.	„	8.—
dto. 3. dto.	„	4.—
Wildkanin	„	6.—
Kalbfelle, frisch per Pfd.	„	25.—
Ziegenfelle, prima	„	140.—
Rehfelle	„	55.—
Stutzhaare per Pfund	„	30.—
Füchse, Winterware	„	400.—
Baummarder	„	900.—
Steinmarder	„	700.—
Dachse	„	60.—
Iltisse, 1. Sorte	„	180.—

Alle anderen Sorten zu höchsten Tagespreisen bei **reeller** Abnahme. (1689

S. Frankenthal Großfürschnerei, Breite Straße 47, I. Fernsprecher 132 u. 1029.
J. L. Würzburg Fellhandlung, Wahmstraße 22 a. Fernsprecher 753.

Stadthallen

-Lichtspiele. **Mühlenbrücke 13.**
Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze.

Nur noch drei Tage!

Gesindel

Marodeure der Revolution.
Soziales Schauspiel von **Martin Berger** in 5 Akten.

Ströme von Tränen flossen über unbekannte Gräber junger blühender Menschen.

Fluten von Schmerzen ergossen sich über den Verlust von Männern, Vätern, Brüdern, die in Atome zermalmt dahingegangen waren, zu kämpfen für einen Gott, der den Menschen in gigantischer Größe und Herrlichkeit ihr Handeln diktierte. (1695

Die Liebschaften der Käte Keller

Film in 5 Abteilungen,
frei nach Motiven des Romans von **Richard Skowronneck.**
In der Hauptrolle: **Irmgard Bern.**

„Studio auf einer Reise“

Schwank.

Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen.
Gutgeheiztes Lokal.
Aufführungszeiten von 4—7 und 7—10 Uhr.

Bitte ausschneiden!!
Zahle für
Haushalts-Lumpen pro Pfund 60—70, 80 Pfennige, alte Zeitungen, Geschäftsbücher, Akten pro Pfd. 15 Pfennige, Messing, Kupfer, Blei, Zink höchste Tagespreise.
Bitte genau auf Straße und Hausnummer zu achten.
R. Lissauer, (1698
3 Kleiner Schrangen 3

Gebrauchte u. getragene
Kleidungsstücke
können wieder unbeschränkt angeboten und verkauft werden, da gesetzliche Einschränkungen nicht mehr bestehen.
Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten Johannisstr. 46.

Die neuen Postgebühren
(Gültig ab 1. Oktober 1919)
Preis **25** Pfg.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.,

Neues Lichtspiel-Theater. **Zentral-Theater.**
Breite Str. 13. Telephon 8698. Johannisstr. 25.

Vom 20. bis 22. Januar:
Nur 3 Tage:
Der große Kriminal-Schlager:
Das Nachttelegramm.
Schauspiel in 5 Akten.
Verfasser: **Paul Rosenhayn.**
In der Hauptrolle:
Ada Svedin.
Wenn Freunde zu Rivalen werden.
Sensations-Schauspiel in 5 Akten nach Motiven von **Robert Heymann.** In der Hauptrolle die beliebte Schauspielerin
Magda Madeleine.
Personen:
Karl Beckersachs, Rolf Nordegg, Rudolf Klein-Rhoden.
Schutzmann 13.
Lustspiel.

Die Sensation des Tages:
Alwin Neuss
in seinem neuen fabelhaften Werk:
Verbrechen und Liebe.
Ein dramatisches Spiel in 4 Akten.
Leben um Leben.
Tragödie in 1 Vorspiel und 4 Akten. In der Hauptrolle die gefeierte große Künstlerin
Ellen Richter.
Personen der Handlung: **Erich Kaiser-Titz, Walter Wolff, Lu Synd.** Auftreten der bekannten Tänzerin **Zoray-Hayda.**
Hunderte von Mitwirkenden, Aufnahmen im Riesengebirge.
Koloman XXVII.
oder:
Fürst von Ulkallen.
Lustspiel in 8 Akten. (1708

Louisenlust

Am 24. Januar: 1691
Gr. Preis-Maskerade.
Anfang 6 Uhr. **Aeg. Maka.**

Kolosseum

Jeden Mittwoch: (1688
Gr. Ball
Anfang 6 Uhr. **Heinr. Ohde.**
Mittwoch, den 4. Februar:
Großer Maskenball.

EINSEGEL.
Am Sonnabend, dem 24. Januar:
Gr. Maskenball.
Maskengarderoben sind im Lokal zu haben. (1714
Anfang 6 Uhr. **Kinder haben keinen Zutritt.**

Goethes Werke
in 4 Bänden Mk. 21.—
Reuters Werke
in 4 Bänden Mk. 21.—
Schillers Werke
in 4 Bänden Mk. 21.—
Buchhandlung.
Fr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Hansa-Theater

Dienstag 7 Uhr:
Das Mädel von drüben.
Operette (1655
von Harald Baumgarten.
Musik von Hans Hansen.
Mittwoch: Donnerstag } Das Mädel von drüben.
Freitag: D. Just. Witwe.
Danilo — Hans Bechmann.
Valencienne — (1690
Erna Lehmann.

Fledermaus

Kabarett-Diele.
Fünfhausen 17/19.
Das große
Januar-Programm!
10 Kaukasia-Tanzsterne
berühmte Gesangs- und Tanz-Truppe

Hansi Heller
hum. Vortrags-Sängerin.

Albert Kersting
der ausgezeichnete Grotesk-Komiker.

Gastspiel
Fritz Steidl
der bekannte und liebenswürdige Humorist

Nagaina (1696
indische Tempeltänzerin.

Hans Fried
hervorragender Chansonnier u. Ansager.

Original Darwin-Duo
in ihren abwechslungsreichen Tanzschöpfungen.
Der Gipfel der Tanzkunst!

2 Orchester: Dirigenten **I. Elvers u. W. Schwenk.**

4-Uhr-Tee
u. Auftreten der Künstler.
Eintritt frei — kein Garderobenzwang.

Echte Biere, beste Weine, kaltes Büfett.

Stadttheater Lübeck

(1698
Dienstag, den 20. Januar:
17. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.
Anfang 7 Uhr
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.
Elisabeth: Frl. Treuber vom Landestheater in Neustrelitz.

Mittwoch, den 21. Januar:
16. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement
Zum letzten Mal!
Kain.
Feuersnot.

Donnerstag, d. 22. Januar:
Schauspielgemeinde. Grüne Karten.
Vasantasena.

Freitag, den 23. Januar:
17. Vorstellung im Freitag-Abonnement.
Der Stier von Olivera.

Beilage zu Nr. 16.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag,
den 20. Januar 1920

Deutsche Nationalversammlung.

Eine Abrechnung mit den „Unabhängigen".

140. Sitzung.

Berlin, den 18. Januar.

Am Regierungstisch: Bauer, Schlicke, Schiffer, Noske, Schmidt.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 12 Uhr 30 Min. Die dritte Beratung des Betriebsrätegesetzes wird abschnittsweise zusammengefaßt. Die Generaldebatte findet beim ersten Abschnitt statt.

Abg. Schiele (DNV.): Meine Fraktion wird gegen das Gesetz stimmen, da es ihren volkswirtschaftlichen Grundanschauungen widerspricht.

Abg. Dr. Most (DV.): Dem Grundgedanken des Gesetzes stand meine Partei sympathisch gegenüber; der vorliegenden Form des Gesetzes stimmen wir nicht zu.

Abg. Eberhardt (Z.): Wenn man von rechts und links Sturm läuft, dann wird das Gesetz schon das richtige treffen. (Beifall und Widerspruch.) Die „Unabhängigen" sind bei den Kommissionsberatungen nicht zugegen gewesen und haben hier nur Verhetzungsreden gehalten. Auch die Taktik der Rechten unterscheidet sich davon nur wenig. (Großer Lärm rechts.) Wir stimmen dem Gesetz zu, weil es dem Ausgleich der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen dient und dem Wiederaufbau nützt. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Abg. Henke (Unabh.): Die Räteidee wird von den großen Massen getragen, und es ist selbstverständlich, wenn die Massen eine solche Idee erfaßt haben, sie dieselbe nicht mehr lassen werden. Dies Gesetz ist mit Blut getauft. (Zuruf: Diese Taufe haben Sie vollzogen!) Das Gesetz wird die Arbeiterschaft zu immer entschlossenerem Kampfe aufpeitschen. (Beifall auf der äußersten Linken; Zischen bei der Mehrheit.)

Abg. Osterroth (SD.): Der revolutionäre Kampf ist für Henke Selbstzweck, dieses Gesetz dagegen ist ihm für seine Argumentation nur Anlaß. Wenn der Betriebszweck immer nur die Ausbeutung der Arbeiter ist, wie Henke sagt, wozu verlangt er da überhaupt Betriebsräte? Ebenso unehrlich ist alles andere, was wir von den „Unabhängigen" hören. Einen Mann, der jahrelang an der Front gestanden hat, der als blinder Bergmann hierher gekommen ist, um an dem Gesetz mitzuarbeiten, hat er geglaubt, verhöhnen zu können. (Hört, hört! — Große Unruhe.) Das Verhalten der „Unabhängigen" hier im Hause ist ein Vorspiel aus dem Narrenhaus. (Sehr richtig!) Geyer, Düwell, Braß und Koenen sind losgelassen ohne Hemmungen der Vernunft. Die stürmischen Auseinandersetzungen in der Kommission sind der beste Beweis dafür, daß die Mehrheitssozialdemokratie ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Dagegen haben die „Unabhängigen" ihren Parzival, den reinen Toren Laukant, in die Kommission geschickt. (Große Heiterkeit.) Einen einzigen Antrag hat er gestellt, der war aber auch danach. (Erneute Heiterkeit.) Andere „Unabhängige" haben vorübergehend Gastrollen gegeben. Wir haben darüber ein bißchen Buch geführt; bei 72 Abstimmungen hat immer einer von den „Unabhängigen" gefehlt. (Abg. Geyer [Unabh.]: Die Buchführung stimmt nicht.) Die Buchführung ist viel sorgfältiger, als die, die Sie in Leipzig an dem kommunalen Kassenschrank geführt haben. (Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen.) Sie sind die falschen Ritter des Sozialismus, seine Strauchritter. (Zurufe: Traurige Ritter.)

Vizepräsident Dietrich: Wenn es sich auch um einen Witz handelt, bitte ich doch, diese Ausdrucksweise zu vermeiden.

Abg. Osterroth (fortfahrend): Ich tue Buße in Sack und Asche. Aber es ist wohl verständlich, daß man nach achttägiger Debatte, in der so viel falsche Angriffe gegen meine Partei gerichtet wurden, in den Ton verfällt, in dem Henke, Geyer und Koenen reden. (Beifall.) Im mitteldeutschen Braunkohlenstreik war Herr Koenen sehr kompromißlich gestimmt, und der geistige Urheber der Vereinbarung über die Betriebsräte war mein Freund Hue. (Hört, hört!) Im Ruhrrevier wurde diese Vereinbarung übernommen. Als dort aber die Arbeitgeber die Vereinbarung nicht einhielten, hat Reichskommissar Severing, auch ein richtiggehender Sozialdemokrat (Heiterkeit), im Wege der Verordnung die Rechte der Betriebsräte erweitert. Die jetzige Vereinbarung über die Betriebsräte im Bergbau geht erheblich über das hinaus, was Koenen gefordert hat. (Lebh. Hört, hört!) Jahrein, jahraus wurden im Ruhrrevier Zehntausende von Bergarbeitern gemaßregelt. Heute muß der Arbeitgeber einen halben Jahreslohn zahlen, wenn er einen Arbeiter ungerechtfertigterweise entläßt. Da wollen Sie den Bergleuten erzählen, daß das Gesetz, so wie es aus der Kommission herausgekommen ist, ein Verrat an den Arbeiter ist? Man muß schon viele Gründe haben. Vergangenes vergessen zu machen, man muß schon die Gespenster der Toten sehen, wie Macbeth, wenn man zu solchen Mitteln greift, um die Arbeiter zu betören. Dr. Geyer hat das Gesetz ein Ausnahmegesetz, eine Fälschung genannt. Ebenso hat es der Abg. Schiele von der Rechten einen Ausfluß der Cliquen- und Minderheitsherrschaft genannt. Wenn die äußerste Rechte und Linke so miteinander harmonieren, muß der Weg der richtige sein. Sie können wohl die Arbeiter eine Zeitlang mit Phrasen besoffen machen, aber sie werden einsehen, daß das Gesetz nicht so schlecht ist, wie sie es dargestellt haben. Im Bergbau hatten wir Betriebsräte, in denen die „Unabhängigen" die Klappe so weit aufrissen, (Der Redner macht eine ausholende Geste) wie eine gewisse Dame dieses Hauses. (Heiterkeit.) Jetzt sind Arbeiter aus der gewerkschaftlichen Schule an ihre Stelle getreten. Dieses Gesetz fordert nicht alte Weiber und Maulaufreißer, sondern zähe gewissenhafte Arbeiter, Opferer, Kameraden, die für die Interessen ihrer Kollegen sich einsetzen. Darum wird es eine große Niederlage für die „Unabhängigen" bedeuten, weil sie die Leute mit der zähen Ausdauer nicht haben; Sie wollen nur mit dem Kopf durch die Wand. (Zuruf rechts: Der Kopf geht kaputt.) Der geht nicht kaputt, die haben noch härtere Köpfe, als die bayerischen Bauern. (Große Heiterkeit. — Zuruf der Frau Zietz.) Frau Zietz, es war einmal ein Mann, der hatte eine böse Frau, die ihn immer „Lausknikker" schimpfte. Prügel und andere Erziehungsmittel halfen nichts. Da schmiß er sie in einen Brunnen. So lange sie den Mund noch über Wasser hatte, rief sie noch immer „Lausknikker". Und als nur noch die Arme herausragten, da hat sie immer noch mit Händen, Daumen und Nägeln Läuse geknickt. (Stürmische Heiterkeit.) Frau Zietz, wenn Sie schimpfen, fällt mir immer die böse Frau ein. Ich bin, wie Sie, ein etwas stürmisches Temperament, deshalb kann ich mich mit Ihnen versöhnen. Auf jeden Schelmen, den Sie aufmarschieren lassen, setze ich anderthalbe, und so werden wir miteinander auskommen. (Stürmischer Beifall. — Zurufe rechts.) Setzen Sie (nach rechts) sich lieber dort drüben hin; sie ziehen ja doch an einem Strang mit den „Unabhängigen", weil Sie wissen, daß —

nach der Rätediktatur die Reaktion

kommt. Die Zeit ist vorbei, wo der Landarbeiter schlechter behandelt wird, wie die Kuh und der Ochse im Stall. In der Kommission wurde die Zahl der Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben, für die ein Obmann zu wählen ist, von 5 auf 10 erhöht, und zwar mit 13 gegen 12 Stimmen. Diese Verschlechterung ist also in das Gesetz gekommen, weil einer von den „Unabhängigen" geschlafen hat. (Hört, hört! — Lärmender Widerspruch bei den Unabh.) Ihre (nach links) Haltung ist von der Furcht vor den nächsten Wahlen und vor den Kommunisten diktiert. Das wird uns nicht abhalten, für das Gesetz zu stimmen, nicht weil wir die Koalition nicht auseinander fallen lassen wollen, sondern weil wir große Vorteile für die Arbeiter darin erblicken. Wenn das Gesetz auch noch nicht die Demokratisierung des Wirtschaftslebens bedeutet, so ist es doch ein erfolgversprechender Anfang. Am dritten Weihnachtsfeiertag hat auf der Konferenz der Betriebsräte des Ruhrbergbaues einer Ihrer Freunde, Kamerad Rosemann, den Antrag gestellt, die beiden sozialdemokratischen Fraktionen sollten gegen das Gesetz stimmen. Mit 55 gegen 14 Stimmen haben die Vertreter der Bergleute sich gegen den „unabhängigen" Antrag ausgesprochen und uns ersucht, für dieses Gesetz zu stimmen. Das sind Leute, die in der Praxis stehen, nicht wie Koenen und Dr. Geyer, die hoch droben auf Wolken herumtanzen. Möge der Reichswirtschaftsrat ein Diktatoor werden vom Zuschnitt unseres Noske. (Zustimmung und Heiterkeit.) Wir wollen nicht eine Diktatur der Demagogen und Nutznießer, sondern derer, die das Leben des deutschen Volkes erhalten, eine Diktatur der Demokratie, eine Diktatur unter Kontrolle des Volkes, nicht eine Diktatur Oldenburg-Januschaus und Dr. Geyers. Meine einzigen Universitätsjahre waren 4 Jahre Gefängnis. (Zuruf rechts: Sehr ehrenvoll!) Ob ehrenvoll oder nicht: es sind Narben vom Schlachtfeld der Arbeit, für die ich jetzt von jenen dort drüben (nach links) „Verräter" geschimpft werde. Wer sagt, es sei eine Schande, daß ich für die Interessen der Arbeiter im Gefängnis gesessen habe, mit dem kann ich über den Begriff Ehre nicht streiten. (Stürmischer Beifall.) Das Gesetz wird keine Wunder bewirken. Der Gedanke der Solidarität der Aufopferung ist heute verhiestert und verrottet. Bei den allermeisten ist

die Bestie des Ichs erwacht.

Ohne Frage ist das eine Folge des Krieges. Glauben Sie denn aber, daß wir von heute auf morgen diese Menschen in den sozialistischen Produktionsstaat hineinstellen können? In sechs Wochen würden ihre eigenen Anhänger sich von Ihnen abwenden. Am Vormittag des 10. November ist es Ihnen (zu den Unabh.) angeboten worden, die Regierung allein zu übernehmen. Die Mehrheitssozialdemokratie hat Sie der loyalsten Unterstützung versichert. Aber Sie haben abgelehnt, weil inzwischen der Waffenstillstand geschlossen war und Ihnen die Verantwortung zu groß schien. Einer Ihrer Leute hat im Reichstag die Revolution verschlafen, ein anderer Teil hat sich gedrückt. (Zurufe der Abgg. Zietz und Laukant: Alles gelogen!) Als Sie gegen die Wahlen zur Nationalversammlung protestierten, haben Ebert und Scheidemann Ihnen die politische Macht wieder vergeblich angeboten. Sie hatten also den Kampf mit Maschinengewehren gar nicht nötig, um die Macht zu erringen. Wir mußten das Kreuz der Verantwortung auf uns nehmen. In der ersten Fraktionssitzung in Weimar haben wir Ihnen angeboten, mit uns die Regierung zu übernehmen. Um den Bürgerkrieg zu vermeiden, wären sicherlich beide bürgerlichen Mehrheitsparteien einverstanden gewesen. Hohnlächelnd haben Sie das Angebot zurückgewiesen. (Hört, hört!) Sie haben gehetzt, geschimpft und getobt im Bunde mit der Rechten, um die Koalition zu erschüttern. Wenn die fanatisierten Massen am Dienstag hier hereingekommen wären, glauben Sie denn, den Noske da (der Redner zeigt auf die Ministerbank) hätten sie geküßt und Bauer in die Arme genommen? Es wäre wirklich eine Bartholomäusnacht geworden. (Lebhafte Zustimmung.) Das Blut kommt auf Sie (nach links). (Große Unruhe.) Diese vergangenen acht Tage lang hat aus Ihnen die Angst vor der Verantwortung gesprochen. Gehen Sie in die Betriebe, dann werden Sie es von den Arbeitern hören: Wo waren denn unsere Führer? Verkrochen haben sie sich! (Stürmischer Beifall, Händeklatschen.) Wenn die Sozialdemokratie austritt, ist die Koalition gesprengt; denn eine Regierung mit Einschluß der Rechten bedeutet den Bürgerkrieg. (Widerspruch rechts.) Glauben Sie (nach rechts) denn, daß Sie die Leute da drüben befriedigen können, Herr Traub? (Heiterkeit.) Heute folgt kein Arbeiter mehr den salbungsvollen Reden eines Herrn Traub. Deshalb tragen wir das Kreuz der Verantwortung weiter. Mit Naturnotwendigkeit muß man da Konzessionen machen. (Zuruf rechts: Kuhhandel!) Nennen Sie es Kuhhandel, Herr evangelischer Arbeitersekretär (Heiterkeit), wir wollen keine Rätediktatur, wir wollen keine Junkerdiktatur. Wir haben nicht vergessen, daß wir Sozialdemokraten sind, was Ihr (nach links) aufgehört habt zu sein. (Zurufe bei den Unabh.) Sie, Seeger, nehme ich aus. (Heiterkeit.) Der Streit zwischen sozialer Demokratie und sozialer Diktatur zieht sich wie ein roter Strich durch die „Unabhängigen". Diejenigen, die unter Führung der werten Frau Luise Zietz (Heiterkeit) den Anschluß nach Moskau gepredigt haben, haben aufgehört, Sozialdemokraten zu sein. Die dürfen nicht mehr singen: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen . . . ." Leichen-Müller hat gesagt, der Weg zur Rätediktatur werde über Millionen Hungerleichen des deutschen Volkes gehen. Deshalb glauben wir als getreuer Eckehart der deutschen Arbeiter, gegen diesen Wahnsinn, gegen diesen Himmel uns zur Wehr setzen zu müssen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Bei der gegenwärtigen furchtbaren Wirtschaftslage treiben Sie die Arbeiter ein über das andere Mal zum Generalstreik. Wenn in Berlin die Arbeiterfrau über Weihnachten keine zwei Briketts im Hause hatte, so ist es Ihre Schuld. (Lärm bei den Unabh.) Um Ihre warme Parteisuppe weiter kochen zu können, propagieren Sie seit zwei Monaten die Sechsstundenschicht. Ohne Lösung der Wohnungsfrage und Durchführung der dazu nötigen technischen Einrichtungen würde dann der Zusammenbruch Deutschlands ein vollständiger sein. Sie wehren sich sogar gegen eine friedliche Lösung der Sechsstundenfrage, nämlich gegen den Bielefelder Beschluß vom letzten Sommer, der internationale Vereinbarungen darüber verlangt, weil wir auf den Weltverkehr angewiesen sind. Aus Ihren Gesichtern grinst die Schadenfreude, der Hohn, aus manchen Gesichtern der Demagogen von links grinst die Hölle, das Infernous. (Große Unruhe und Beifall.) Diesen Wahnsinn machen wir nicht mit. Herr Arbeitsminister, ist die Regierung bereit, bei den übrigen bergbaulichen Ländern die Initiative zu ergreifen, um die Herbeiführung einer internationalen Regelung der sechsstündigen Schichtzeit herbeizuführen? Die Arbeiter müssen wissen, wie die Regierung zu diesem Problem steht. Wir wollen selbständige und unabhängige Grubenkontrolleure. Ich möchte auch an Ihre Vernunft appellieren. Was soll aus dem Ganzen eigentlich werden? Die Verantwortung für den Zusammenbruch lehnen wir ab, und Sie (nach links) werden es ausfressen müssen. Die Diktatur hat keine ewige Dauer.

Die einzige Rechtsquelle eines modernen Volkes ist die Demokratie.

Es wird Ihnen gehen wie in Budapest. Lachen Sie nicht, Herr Dr. Geyer und Herr Koenen, es gibt manche unruhige Stunde, wo Sie sich auch schon baumeln sehen. (Unruhe.) Weil wir diesen Zusammenbruch nicht wollen, stimmen wir dem Gesetz zu. Nicht den Kapitalismus zu verankern, sondern der Wirtschaft zu dienen, ist der Zweck des Gesetzes. Die Sozialisierung geht auch mir zu langsam. Aber wenn Sie (nach links) Bundesgenossen der Rechten sind: woher sollen wir denn die Kraft haben, unsere sozialistischen Ideen durchzusetzen? (Lebhafte Zustimmung. Abg. Koenen ruft: Sie haben aber nichts getan!) Wenn alle Gesetze so schwer zustandekommen, wie dieses, dann ist es kein Wunder, daß die Gesetzgebungsmaschine so langsam läuft. Das ist Ihre Schuld. Eichhorn und seine Leute sind die Handlanger der Reaktion. Wir haben Mitleid mit dem verhetzten Volk. Die Freiheit des einzelnen hört auf, wo die Lebensrechte der Gesamtheit beginnen. Und Sie (nach links) haben am letzten Dienstag an den Lebensinteressen des deutschen Volkes, der deutschen Demokratie gerüttelt. Dieses Gesetz aber wird

eine Großtat der Menschheitsgeschichte

sein, wie die Sklavenbefreiung nach dem amerikanischen Bürgerkriege, wo die ganze Welt aufjubelte. (Lebh. Beifall.)

Arbeitsminister Schlicke: Wir haben eine Kommission zur Prüfung der Frage der Sechsstundenschicht eingesetzt; sie besteht aus 6 Arbeitgebern, 6 Arbeitnehmern und 6 Wissenschaftlern. Nach seiner ersten Tagung hat dieser Prüfungsausschuß das Ersuchen an die Regierung gerichtet, in dieser Frage Verhandlungen über eine

---

Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

8. Fortsetzung.

Er hatte den Rock abgeworfen und war mit aufgestreiften Ärmeln an den Waschtisch getreten. Jetzt wandte er rasch den Kopf, und seine braunen blitzenden Augen ruhten in den ihren. „Dank, Schwester," sagte er. Dann tauchte er den Kopf in die Schale und sprudelte mit dem Wasser umher, wie es wohl Leuten eigen ist, die dergleichen im Freien zu verrichten pflegen. Die Schwester, am Türpfosten lehnend, sah dem schweigend zu; ihre Frauenaugen musterten des Bruders Kleidung, und sie erkannte wohl, daß alles neu geschafft sein mußte; dann blieben ihre Blicke auf den braunen sehnigen Armen des Mannes haften, die noch mehr Narben zeigten als das Antlitz. „Armer Heinz," sagte sie zu ihm hinübernickend; „die müssen schwere Arbeit getan haben!"

Er sah sie wieder an; aber diesmal war es ein wildes Feuer, das aus seinen Augen brach. „Demonio!" rief er, die aufgestreckten Arme schüttelnd; „allerlei Arbeit, Schwester! Aber — basta e basta!" Und er tauchte wieder den Kopf in die Schale und warf das Wasser über sich, als müsse er, Gott weiß was, herunterspülen.

Beim Abendtee, den die Familie zusammen einnahm, wollte eine Unterhaltung nicht recht geraten. „Ihr seid weit umhergekommen, Schwager," sagte nach einigen vergeblichen Anläufen der junge Ehemann; „Ihr müßt uns viel erzählen."

„Weit genug," erwiderte Heinz; aber zum Erzählen kam es nicht; er gab nur kurze allgemeine Antworten.

„Laß ihn, Christian!" mahnte Frau Lina; er muß erst eine Nacht zu Haus geschlafen haben." Dann aber, damit es am ersten Abend nicht gar zu stille werde, begann sie selbst die wenigen Erinnerungen aus des Bruders Jugendjahren auszukramen, die sie nach eigenem Erlebnis oder den Erzählungen der Mutter noch bewahrte.

Heinz hörte ruhig zu. „Und dann," fuhr sie fort, „damals als du dir den großen Anker mit deinem Namen auf den Arm geätzt hattest! Ich weiß noch, wie ich schrie, als du so verbrannt nach Hause kamst, und wie dann der Physikus geholt wurde. Aber" — und sie stutzte einen Augenblick — „war es denn nicht auf dem linken Unterarm?"

Heinz nickte: „Mag wohl sein; das sind so Jungensstreiche."

„Aber Heinz, — es ist ja nicht mehr da; ich meinte, so was könne nie vergehen!"

„Muß doch wohl, Schwester; sind derteufelte Krankheiten da drüben; man muß schon oft zufrieden sein, wenn sie einem nicht gar die Haut vom Leibe ziehen."

Hans Kirch hatte nur ein halbes Ohr nach dem, was hier gesprochen wurde. Noch mehr als sonst in sich zusammengesunken, verzehrte er schweigend sein Abendbrot; nur bisweilen warf er von unten auf einen seiner scharfen Blicke auf den Heimgekehrten, als wolle er prüfen, was mit diesem Sohn noch zu beginnen sei.

— — Aber auch für die folgenden Tage blieb dies wortkarge Zusammensein. Heinz erkundigte sich weder nach früheren Bekannten, noch sprach er von dem, was weiter denn mit ihm geschehen solle. Hans Adam frug sich, ob der Sohn das erste Wort von ihm erwarte oder ob er überhaupt nicht an das Morgen denke; „ja, ja," murmelte er dann und nickte heftig mit seinem grauen Kopfe; „er ist's ja siebzehn Jahre so gewohnt geworden."

Aber auch heimisch schien Heinz sich nicht zu fühlen. Hatte er kurze Zeit im Zimmer bei der Schwester seine Zigarre geraucht, so trieb es ihn wieder fort; hinab nach dem Hafen, wo er dem oder jenem Schiffer ein paar Worte zurief, oder nach dem großen Speicher, wo er teilnahmslos dem Abladen der Steinkohlen oder anderen Arbeiten zusah. Ein paarmal, da er unten im Kontor gesessen, hatte Hans Kirch das eine oder andere der Geschäftsbücher vor ihm aufgeschlagen, damit er von dem gegenwärtigen Stande des Hauses Einsicht nehme; aber er hatte sie jedesmal nach kurzem Hin- und Herblättern wie etwas Fremdes wieder aus der Hand gelegt.

In einem aber schien er, zur Beruhigung des jungen Ehemannes, der Schilderung zu entsprechen, die Frau Lina an jenem Vormittage von ihrem Bruder ihm entworfen hatte: an eine Ausnutzung seiner Sohnesrechte schien der Heimgekehrte nicht zu denken.

Und noch ein zweites war dem Frauenauge nicht entgangen. Wie der Bruder einst mit ihr, der so viel jüngeren Schwester, sich herumgeschleppt, ihr erzählt und mit ihr gespielt hatte, mit ihr — und wie sie von der Mutter wußte — früher auch mit einer anderen, der er bis jetzt mit keinem Worte nachgefragt, und von der zu reden sie vermieden hatte, in gleicher Weise ließ er jetzt, wenn er am Nachmittage draußen auf dem Beischlag saß, den kleinen Sohn des Krämers auf seinem Schoß umherklettern und sich Bart und Haar von ihm zerzausen; dann konnte er lachen, wie Frau Lina meinte es einst im Garten oder auf jenen Sonntagswanderungen mit der Mutter von ihrem Bruder Heinz gehört zu haben. Schon am zweiten Tage, da sie eben in Hut und Tuch aus der Haustür zu ihm treten wollte, hatte sie ihn so getroffen. Der kleine Bube stand auf seinen Knien und hielt ihn bei der Nase: „Du willst mir was vorlügen, du großer Schiffer!" sagte er und schüttelte derb an ihm herum.

„Nein, nein, Karl, by Jove, es gibt doch Meerfrauen; ich habe sie ja selbst gesehen."

Der Knabe ließ ihn los. Wirklich? Kann man die denn heiraten?"

„Oho, Junge! Freilich kann man das! Da drüben in Texas, könnt'st allerlei da zu sehen bekommen, kannte ich einen, der hatte eine Meerfrau; aber sie mußte immer in einer großen Wassertonne schwimmen, die in seinem Garten stand."

Die Augen des kleinen Burschen leuchteten; er hatte nur einmal einen jungen Seehund so gesehen, und dafür hatte er einen Schilling zahlen müssen. „Du," sagte er heimlich und nickte seinem bärtigen Freunde zu, „ich will auch eine Wasserfrau heiraten, wenn ich groß geworden bin!"

Heinz sah nachdenklich den Knaben an. „Tu das nicht, Karl; die Wasserfrauen sind falsch; bleib lieber in deines Vaters Store und spiel mit deines Nachbarn Katze."

Die Hand der Schwester legte sich auf seine Schulter: „Du wolltest mit mir zu unserer Mutter Grabe!"

Und Heinz setzte den Knaben zur Erde und ging mit Frau Lina nach dem Kirchhof. Ja, er hatte sich später auch von ihr bereden lassen, den alten Pastor, der jetzt mit einer Magd im großen Pfarrhaus wirtschaftete, und sogar auch Tante Jule zu besuchen, um die der Knabe Heinz sich wenig eink gekümmert hatte.

(Fortsetzung folgt.)

internationale Regelung einzuleiten. Diese Verhandlungen haben aber noch nicht stattfinden können, weil der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert war; sie sind jetzt wieder aufgenommen worden. An die Durchführung der Sechsstundenschicht kann, wie auch der Vorredner gesagt hat, vorläufig nicht gedacht werden, weil die Voraussetzungen dafür fehlen. Es fehlt an Arbeitern und Wohnungen für sie.

Abg. Erkelenz (Dem.): Die Wiederherstellung des Arbeitsverhältnisses, wie es vor dem Kriege bestand, ist heute nicht mehr möglich. Es werden sich neue Formen des Wirtschaftslebens herausbilden, denen sich niemand widersetzen kann. Ich hoffe sehr, daß die Berliner Metallindustriellen den von ihnen angekündigten Versuch eines Unternehmerstreiks gegen das Gesetz nicht machen werden. (Hört, hört!) Dieser Versuch könnte für sie sehr unangenehme Folgen haben. Gewiß wird das Gesetz manche Fehler und Mängel zeitigen; aber jetzt sind der Worte genug gewechselt, das Gesetz muß erst in die Praxis umgesetzt werden, und dann wird sich zeigen, welche Verbesserungen nötig sind. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Generaldebatte. Der erste Abschnitt der Vorlage wird mit geringen redaktionellen Aenderungen angenommen.

In der Einzelberatung halten die „unabhängigen" Abgeordneten Braß, Koenen, Dr. Geyer-Sachsen, Düwell lange Obstruktionsreden. Redner anderer Parteien kommen nicht zu Wort.

In der namentlichen Abstimmung über das ganze Gesetz wird der vorliegende Entwurf mit 213 gegen 64 Stimmen angenommen. (Beifall.) Dagegen stimmen mit den beiden Fraktionen der Rechten und den „Unabhängigen" auch die bayerischen Bauernbündler Eisenberger und Gandorfer.

Angenommen wird auch eine Entschließung Trimborn (Z.) und v. Payer (Dem.) über die unverzügliche Vorlage eines Gesetzes über das obligatorische Schlichtungsverfahren.

Präsident Fehrenbach: Nunmehr müssen zunächst die Steuerausschüsse ihre Arbeit erledigen. Ich ersuche deshalb, mir die Festsetzung des Termins zur nächsten Sitzung zu überlassen.

Abg. Henke (Unabh.) bemerkt zur Geschäftsordnung: Wir widersprechen der Vertagung; denn im Hinblick auf die konterrevolutionären Umtriebe muß die Nationalversammlung zusammenbleiben.

Präsident Fehrenbach: Wenn besondere Umstände es erfordern, würde ich die Nationalversammlung vor Beendigung der Arbeiten der Steuerausschüsse einberufen. Im Augenblick ist ein solcher Anlaß nicht gegeben. Ich nehme an, daß die Einberufung vor Ende Februar nicht stattfinden wird. (Hört, hört!)

Der Vorschlag des Präsidenten wird gegen [illegible] der Unabhängigen angenommen.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 19. Januar.

Beginn 6 Uhr. Vorsitzender: G. Ehlers.

Der Vorsitzende begrüßt die Bürgerschaftsmitglieder zur ersten Sitzung im neuen Jahre und weist auf den eingetretenen Friedenszustand hin. 5½ Jahre habe das Volk unter dem Kriegszustand gelitten. Wenn auch der Frieden keine Freude, sondern nur Lasten bringe, so hofft der Vorsitzende doch, daß die Verpflichtungen erfüllt werden können und daß unser Staatswesen dazu mit beitrage. Der neue Friedenszustand bringe uns auch unsere Volksgenossen aus der Gefangenschaft endlich zurück. — Die Aufsichtsbeamten der Strafanstalt Lauerhof und des Marstallgefängnisses ersuchen um Einreihung in die Klasse der Schutzmannschaft. — A. Puls (Soz.) macht die Eingabe zu der seinigen und bittet, dem Wunsche zu entsprechen. Es werde dadurch nur der frühere Zustand wieder eingeführt. Der Antrag geht an den Bürgerausschuß. — Der Arbeitslosenrat gibt der Bürgerschaft die Anträge bekannt, die er an den Senat gerichtet hat. — Senator Kulenkamp gedenkt des verstorbenen Senatsmitgliedes Hermann Eschenburg.

1. Antrag: **Erschließung von Land für Siedlungszwecke.**

Planthafer (Soz.) geht auf die Siedlungsbewegung ein, die sich jetzt in ein ruhigeres Fahrwasser verlaufen habe, da sich die Gegensätze zwischen Siedlungsausschuß und Baubehörde ausgeglichen hätten. Manche Wünsche hätten zurückgestellt werden müssen, weil die Mittel nicht vorhanden sind, um alle Siedlungslustige zu befriedigen. Die Staatszuschüsse seien gewaltig und die Schwierigkeiten auf dem Baumarkt groß. Ferner sei zu berücksichtigen, daß sich die Siedler nur zumeist aus einer gewissen Gesellschaftsschicht zusammensetzen, während die ganz Mittellosen nicht in Betracht kämen. Vorläufig komme die Siedlungssache nur denen zugute, die schon über ein kleines Kapital verfügen. Die Wünsche der Eisenbahner hätte man ohne weiteres erfüllen können, doch habe sich die Finanzbehörde in Gegensatz zu ihrer vorherigen Erklärung gesetzt. Weiter kritisiert der Redner den Verkauf der Weberkoppel, bei dem nach den gesetzlichen Bestimmungen der Staat ein Vorkaufsrecht gehabt hätte.

Wandke (Dem.) spricht sich zugunsten der Vorlage aus und erwartet weitestgehende Unterstützung in Geldangelegenheiten, Ausbau der Verkehrsmittel und Schonung der Gärtnereien und der Landwirtschaft.

Senator Kalkbrenner erklärt, es hätten sich nur 6 Siedler von den Eisenbahnern gemeldet und dieserhalb sei es nicht für zweckmäßig erachtet worden, ein größeres Gelände aufzuteilen. Der Verkauf der Weberkoppel könne von der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft geprüft werden. Wenn sie das Gelände erwerben wolle, müsse sie allerdings den Preis zahlen, den der letzte Käufer bezahlt habe.

Henk (Deutschn.) tritt für den Schutz der Gärtnerei und Landwirtschaft bei Aufteilung von Siedlungsgelände ein.

Baudirektor Baltzer erklärt, bei Parzellierungsplänen handle es sich stets nur um unverbindliche Vorschläge.

Haut (Soz.) weist auf die Ueberteuerungsgefahr hin, die besteht, wenn der Staat den Preis zu zahlen hätte, den der Vorkäufer zu zahlen gewillt gewesen sei. Dadurch könnten leicht Scheinkäufe zu ungunsten des Staates betätigt werden, und es sei sehr die Frage einer Abänderung der Reichsverfassung in dieser Beziehung zu prüfen.

Senator Kalkbrenner stellt eine Vorlage für Heimstätten in Aussicht.

Casbohm (Soz.) fordert, daß innerhalb 10 Jahren gebaut werden muß. Man hätte das betr. Land den Eisenbahnern überlassen und ihnen etwas mehr entgegenkommen sollen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

2. Antrag: **Verstärkung der Mittel für die Heilanstalt Strecknitz.**

Neufeld (Dem.) fordert für die Bewilligungen der Senatsanträge 2, 3, 4, 11, 24 das Recht der Nachprüfung durch eine Kommission, die auch die Deckungsfrage zu prüfen habe.

Senator Kulenkamp legt gegen diese Forderung keine Bedenken.

Der Antrag Neufeld wird angenommen.

3. Antrag: **Verstärkung der Mittel für das Allgemeine Krankenhaus** und

4. Antrag: **Verstärkung der Mittel für die Straßenbahn** werden einer Kommission überwiesen.

5. Antrag: **Einmalige Zahlung an die Mitglieder des Senates.**

6. Antrag: **Ausbau des Geländes westlich der Bajerstraße.**

7. Antrag: **Ausbau der Lauerhofstraße.**

8. Antrag: **Siedlung an der Schwartauer Landstraße.**

Werden angenommen.

9. Antrag: **Ausschreibung eines Wettbewerbs für die Erlangung von Entwürfen zur Bebauung des Siedlungsgeländes an der Dornbreite in Kronsrade.**

Ambrosius (Dem.) erkundigt sich nach den Ursachen der Erhöhung der Spesen und Kosten für den Preisrichter von 1000 auf 2000 Mk.

Baudirektor Baltzer erklärt, die erste Kostenein[illegible]schätzung sei zu gering eingeschätzt gewesen.

Der Senatsantrag wird genehmigt.

10. Antrag: **Aenderung in den Beamtenstellen der Tiefbauabteilung der Baubehörde.**

Ambrosius (Dem.) bittet, den Anträgen der Kommission zuzustimmen und kommt auf die verschiedenartige Handhabung der Besoldung der Angestellten bei einzelnen Behörden zu sprechen. Insbesondere mißbilligt der Redner das Verfahren gegenüber den technischen Angestellten bei der Baubehörde.

Baudirektor Baltzer stellt eine schlechtere Bezahlungsregelung bei der Baubehörde in Abrede.

Haut (Soz.) ist der Meinung, daß eine gleichmäßige Regelung auch bei der Baubehörde möglich sein müsse. Der Baudirektor hätte auch gleich den Grund angeben müssen, die zu dem erhöhten Gehalt der technischen Angestellten nach dem 1. Oktober 1919 geführt haben: diese waren nicht pensionsberechtigt. Es handelt sich bei der ganzen Frage nur um eine kurze Zeit bis die etatsrechtliche Regelung erfolgt.

Der Senatsantrag wird angenommen; ebenso ein Ersuchen der Kommission an den Senat, den mittleren Beamten mehr Gelegenheit zu geben, in verantwortungsvolle Stellen einzurücken, die Gehälter der technischen Angestellten und Beamten einheitlich zu regeln, die Gehälter ausschließlich von der Beamtenkommission des Senates festsetzen zu lassen usw.

11. Antrag: **Verstärkung der Mittel für die Behörde für Travemünde.**

Wird einer Kommission überwiesen.

12. Antrag: **Instandsetzungsarbeiten im Warmbadehause zu Travemünde.**

13. Antrag: **Instandsetzungsarbeiten im Städtischen Kursaal zu Travemünde.**

Werden angenommen.

14. Antrag: **Errichtung einer Sekretärstelle bei der Behörde für Travemünde.**

Hargus (Dem.) bemängelt die Fährverhältnisse in Travemünde und stellt ein Ersuchen über Prüfung der Fährverhältnisse nach dem Priwall.

Meyer (Soz.) wünscht eine Erhöhung des Beamtengehaltes des Melde- und Standesamtsbeamten in Moisling.

Der Senat sagt Prüfung zu.

Reisberger (Soz.) erkundigt sich nach der Vorlage über Aufnahme der städtischen Bureaugehilfen in den Beamtenetat.

Senator Dr. Neumann erklärt, die Entscheidung sei in der nächsten Woche zu erwarten.

Der Senatsantrag wird angenommen.

15. Antrag: **Bewilligung von Mitteln an den Arbeiterrat.**

Wird angenommen.

16. Antrag: **Rückäußerung und wiederholter Antrag, betr. Ermächtigung der Finanzbehörde zum Verkauf der mit Kleinwohnungshäusern bebauten Grundstücke an der Kerckringstraße usw.**

H. Puls (Soz.) begründet die ablehnende Stellungnahme seiner Fraktion zu dem Verkauf. Die geringere Wirtschaftlichkeit der Vermietung von Staatswohnungen sei auch früher schon erwogen worden, man müsse jedoch in erster Linie berücksichtigen, daß die Bauten errichtet worden seien, um der Wohnungsnot zu steuern. Diese bestehe heute noch wie damals und die Mieter seien froh, ein Unterkommen gefunden zu haben. Man dürfe sie jetzt durch Verkaufsabsichten nicht beunruhigen. Eine Kontrolle für gutes Instandhalten der Wohnungen könne auch der Staat durchführen.

Ambrosius (Dem.: Die Wohnungsnot wird durch bloßes Vermieten nicht beseitigt. Wer ein Staatsgrundstück kauft, kann es nur mit Zustimmung des Wohnungsamts, ebenso ist die Zustimmung des Wohnungsnachweises beim Vermieten notwendig. Es handelt sich hier doch auch um eine Art Siedlung. Wenn auch nicht jedem ein eigenes Heim überwiesen werden kann, sollte man sich dem doch nicht entgegenstellen, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist.

Wandke (Dem.) glaubt, der Fassung des Mietvertrages, die Wohnung wieder in Stand zu setzen, werde großen Widerstand entgegengesetzt werden. Hier seien 62 Bewerber vorhanden, die dasselbe Recht hätten wie die Siedler. Der Staat müsse weiter Häuser bauen, aber auch die Möglichkeit haben, die Häuser wieder abzustoßen.

M. Kleinfeldt (Soz.) wendet sich ebenfalls gegen den Senatsantrag. Gegen eine Kommissionsberatung habe seine Fraktion nichts einzuwenden, sie stehe aber auf dem Standpunkt, daß diese Wohnungen den Aermsten der Armen erhalten werden müßten, da sie anderwärts nur schwer Unterkommen finden würden.

H. Puls (Soz.) weist aufs neue darauf hin, daß es sich vielfach um Mieter handle, die keine andere Unterkunft kriegen konnten, um kinderreiche Familien, um sehr Arme. Die Kauflustigen wohnten nicht alle in den Häusern und würden die jetzigen Mieter verdrängen.

Senator Evers ist der Meinung, der Antrag hänge mit der Wohnungsnot nicht zusammen. Sehr viele Kauflustige wohnen bereits in den Häusern. Der Staat habe keine Ursache, den Verkauf zu beschleunigen. Er könne aber die Kontrolle nicht so ausüben, um eine weitgehende Schonung der Wohnungen zu verbürgen. Die Unterhaltungskosten würden auf die Dauer über die Maßen groß. Wer zur Miete wohne, wende das zur Instandhaltung des Hauses Notwendige nicht in dem Maße auf, wie der Eigner. Es sei eine soziale Sache, wenn die Wohnenden ihr Heim allmählich als Eigentum erwerben könnten. Notwendig sei, daß das Privatkapital angelegt werde, damit die Staatsgelder wieder frei würden. Erfahrungsgemäß würden Hypothekengelder in solche Häuser gern von Verwandten angelegt, da sie sicher seien. Man könne ja eine nochmalige Kommissionsprüfung vornehmen.

Auf Antrag Ambrosius (Dem.) wird die Vorlage einer Kommission überwiesen.

Ein Ersuchen Hargus (Dem.) um Prüfung der Priwallfähre-Angelegenheit wird angenommen.

Riechert (Soz.) fragt, wie groß die an der Schwartauer Landstraße zu verpachtende Fläche ist und wie hoch sich der Preis beläuft. Ferner bittet der Redner, die Eingabe der Vorwerker Einwohner, um Ueberlassung von Pachtland bald zu erledigen, damit sie das Land bearbeiten könnten.

Vom Senatstisch wird betont, es handle sich nur um wenige Siedlungen. Die Landverpachtungsfrage werde geprüft und so geregelt, daß das Land bestellt werden könne.

17. Antrag: **Uebernahme der Bürgschaft für ein seitens der Spar- und Anleihekasse dem Lübecker gemeinnützigen Bauverein zu gewährendes Darlehen von 150 000 Mark.**

Möller (Soz.) wünscht raschmöglichste Errichtung neuer Wohnungen und bedauert die späte Fertigstellung der vom Gemeinnützigen Bauverein unternommenen Bauten.

Der Senatsantrag wird angenommen.

18. Antrag: **Abfindung aller Schadensansprüche für Beschädigungen und Verluste an dem Inventar des Offizierskasinos.**

Wandke (Dem.) fragt, wann die Schadensersatzansprüche der Wirte, die am 14. Juni vor. Js. geschädigt wurden, geregelt werden?

Senator Kulenkamp führt die Verzögerung darauf zurück, weil die reichsgesetzliche Regelung noch nicht erfolgt ist.

Der Senatsantrag wird angenommen.

19. Antrag: **Mittel für die tabellarischen Uebersichten des lübeckischen Handels.**

20. Antrag: **Mittel für bauliche Arbeiten im Museum am Dom.**

21. Antrag: **Gehaltserhöhung für die Mitglieder des Orchesters des Vereins der Musikfreunde.**

22. Antrag: **Unterstützung der Witwe des Waisenvaters Ollmann.**

Werden angenommen.

23. Antrag: **Schaffung einer neuen Oberlehrerinstelle an der Gewerbeschule.**

Schermer (Soz.) fordert auf der demnächst stattfindenden Reichsschulkonferenz neben der Vertretung der Oberschulbehörde auch eine solche des Senats und der Bürgerschaft, damit keine einseitige Meinung zum Ausdruck kommt. Ferner bedauert der Redner, daß in Sachen der Einheitsschule noch nichts geschehen ist, dagegen wurden zahlreiche Aufnahmen in die höheren Schulen vollzogen. Die Einheitsschule müsse unter allen Umständen zu Ostern eingeführt und mit dem Abbau der Vorschulen begonnen werden. Gerade von deutschnationaler Seite werde immer auf die Einhaltung der Verfassung gedrungen, die man hier in der Schulfrage nicht beachte. Man könne sich des Gedankens nicht erwehren, daß die Oberschulbehörde die Angelegenheit verzögere, um nachher sagen zu können, die Durchführung sei unmöglich. Die Vorbereitungen hätten jedoch längst getroffen werden können. Für einen Abbau der Vorschulen liege kein Hindernis vor. Lübeck sei eine der wenigen Städte in Deutschland, die die Standesvorschulen noch besitze. Die Schulfrage dürfe man nicht vom parteipolitischen Standpunkte auffassen, sie sei eine kulturelle und pädagogische Frage. Eingehender geht der Redner auf einen Artikel des Oberschulrats in den „Lübeckischen Blättern" ein, in dem der Oberschulrat die Einheitsschule behandelt und auch die Kosten berechnet, die sich auf über 600 000 Mark belaufen sollen. Von der Schulfrage dürfe die Gehaltsfrage der Beamten und Lehrer nicht abhängen. Es gebe keine bessere Kapitalanlage, als unserm Schulwesen bessere Kräfte zuzuführen. Die Unfähigen würden zurückgehalten, denn diese seien es, denen wir unser Unglück verdanken. Die Begabten müßten das Volk wieder aufwärts führen. Weiter kritisiert Schermer, daß man im Staatswesen immer noch nach dem Examenpapier frage statt nach der Tüchtigkeit und stellt den Antrag, die Oberschulbehörde zu veranlassen, unser öffentliches Schulwesen mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen, die Schulgeldfreiheit für Volksschulen einzuführen und den Abbau der Vorschulen zu Ostern 1920 zu bewirken.

Senator Kulenkamp gibt Auskunft über die Beschickung der Reichsschulkonferenz. Ueber den Wunsch des Vorredners wird Auskunft erfolgen. Zu der Forderung zur Errichtung der Einheitsschule erklärt der Redner, die Reichsverfassung gebe nur einen Rahmen des Gesetzes. Der Bericht der Oberschulbehörde werde in diesen Tagen in Umlauf gesetzt. Die Bürgerschaft werde sich in allernächster Zeit damit zu beschäftigen haben. Der Reichsverfassung werde in jeder Beziehung Rechnung getragen. Ueberall könne aber die Einrichtung für die Einheitsschule nicht so ohne weiteres getroffen werden. Eine organische Verbindung der Volks-, mittleren und höheren Schulen sei bereits voriges Jahr hergestellt und der Aufstieg der Begabten erleichtert worden.

Schermer (Soz.) verweist darauf, daß Lübeck in der Schulfrage gewaltig nachhinke und fragt, weshalb denn der Abbau Ostern 1920 nicht erfolgen könne? Mit dem Aufstieg der Begabten stimme Theorie und Praxis auch nicht überein.

Oberschulrat Prof. Dr. Wychgram erklärt, der Aufsatz in den „Lübeckischen Blättern" sei nicht auf Lübeck zugeschnitten, die Redaktion habe ihn von einer Berliner Zeitschrift übernommen. Räumlich seien wir gar nicht in der Lage, die Vorschulen bis Ostern abzubauen. Die Schulkammer arbeite einen neuen Lehrplan aus, den man besser erst abwarte. Entscheidend seien nicht finanzielle, sondern räumliche Rücksichten. Die Schülerzahl müßte in den Klassen um 10—12 Prozent erhöht werden, was eine große Schädigung bedeute. Der preußische Kultusminister habe noch keine Verfügung erlassen, daß für Preußen die Umwandlung zu Ostern 1920 erfolgen müsse. Manche Kommunalverwaltung habe mit Schwierigkeiten in dieser Frage zu kämpfen, Lübeck aber weit mehr. Wenn wir ein Jahr länger warteten, könne viel bessere Arbeit geleistet werden, als bei einer Ueberstürzung. Zu dem angedeuteten Einzelfall sei zu sagen, daß ja Erziehungsbeihilfen gewährt würden, wofür 35 000 Mark ausgeworfen seien. Im nächsten Etat seien 50 000 Mark angesetzt. Die Kosten der Umwandlung des Schulwesens würden noch mehr betragen als der Vorredner angezogen habe, doch sei die finanzielle Frage nicht das Entscheidende.

Planthafer (Soz.) rügt die endlose Verzögerung, die so lange dauerte, bis man nur noch wenige Wochen Zeit hatte. Viele Gemeinwesen seien hierin viel weiter und die Reichsverfassung stelle diese Forderung. Die Raumverhältnisse seien nächstes Jahr genau so groß wie jetzt, wo auch alle Schüler untergebracht werden müßten. Die 22 Vorschulklassen könnten in die Volksschule überführt werden oder wünsche man etwa nicht, daß Grundschulklassen in höhere Schulen aufgenommen werden und befürchte eine Infizierung. Eine Infizierung wäre wirklich angebracht, um die strenge Klassenscheidung einmal durchzuführen. Das Schneckentempo müsse endlich beseitigt werden.

Senator Kulenkamp weist den Vorwurf absichtlicher Verschleppung zurück. Erst habe man die Vorkonferenz abwarten müssen.

Oberschulrat Pro. Dr. Wychgram erklärt, es müsse doch auch geprüft werden, wie lange die Grundschule dauern soll und ferner müsse man erst wissen, wie diese aussehen soll. Darüber fasse die zweite Konferenz Beschlüsse. Lübeck habe die größte Zahl (66) Vorklassen und die meisten Mittelschulen. Die Raumnot bestehe 1921 nicht mehr, weil bis dahin zwei Volksschulhäuser frei würden, die jetzt zu Notwohnungen verwendet seien. Dann hätten wir für die unteren Klassen mit einem gewaltigen Schulrückgang zu rechnen, weil sich dann der Geburtenrückgang erst bemerkbar mache. Nach Mitteilungen des Statistischen Amtes kämen 50 Prozent in Betracht. Dann gebe es Platz in den Volksschulen und dies sei ein wesentlicher Grund, bis 1921 mit der Regelung zu warten. Nach der zweiten Konferenz sei schnell gearbeitet worden.

Heise (Dem.) ist der Ueberzeugung, daß die Oberschulbehörde tüchtig gearbeitet habe. In dieser kurzen Zeit sei es unmöglich, die Grundschule zu bringen, wenn man einen Kuddelmuddel verhindern wolle. Die Minderheit in der Oberschulbehörde sei für die Errichtung der Grundschule 1920 eingetreten.

Schermer (Soz.) ist von den Ausführungen des Oberschulrats nicht überzeugt und fordert eine andere Zusammensetzung der Oberschulbehörde, die sehr langsam auch in anderen Angelegenheiten arbeite. Der neue Lehrplan könne kein Hinderungsgrund sein, ebensowenig die Raumfrage. Man zahle für so viele Unbegabte in den höheren Schulen den Staatszuschuß, ohne daß man von ihnen Nutzen habe.

Planthafer (Soz.) ist der Meinung, daß man nach dem Gehörten die Grundschulen in den früheren Schulräumen nicht wünscht. Die Kosten für die Grundschulen für 1920 würde man leicht einbringen durch Staffelung des Schulgeldes an den höheren Schulen. Solange die höheren Schulen bestehen und das Privilegium für Minderbegabte vorhanden ist, muß auch der volle Kostenbetrag, der dem Staate verursacht wird, eingezogen werden.

Oberschulrat Prof. Dr. Wychgram weist auf den ungeheuren Zudrang zu den höheren Schulen hin, insbesondere der Oberrealschule, und auf die Schwierigkeit der Begabungsförderung.

Kanitz (Deutschnat.) versteht den Eifer der Linken in der Schulfrage nicht. Umgangen könne die Grundschulfrage nicht werden. Seine Partei werde auch in dieser Frage die Reichsverfassung achten und die Schulfrage nicht zur Parteifrage machen. Vor der Infizierung an den höheren Schulen brauche man sich nicht zu fürchten. Heute seien schon viele Schüler minderbemittelt.

J. Reimpell (Dem.) bekennt sich als alter Anhänger der Einheitsschule und hätte deren Einführung zu Ostern 1920 gewünscht. An der Klasseneinteilung der Grundschule dürfe und könne die baldige Einführung nicht scheitern. Die höhere Schule sei allerdings eine Standesschule gewesen, da es nur Bemittelten oder Unterstützten möglich sei, sie zu besuchen. Der Staat habe für Unbegabte in den höheren Schulen sicher 350 000 Mark ausgegeben.

Der Senatsantrag und das Ersuchen Schermers werden angenommen.

24. Antrag: **Verstärkung der Mittel der Oberschulbehörde für das Rechnungsjahr 1919.**

Wird an eine Kommission verwiesen.

Schluß 9¼ Uhr.